



Beeskower BSA Die Beeskower Zeitung

Älteste Anzeigenzeitung in Beeskow und Umgebung



BEESKOW
Sprebestattung

Wir denken dran - *immer*.

Ab sofort bieten wir für Sie und Ihre Familie Dauergrabpflege in Beeskow & Umland an. Lassen Sie sich ein persönliches Angebot erstellen.

Beeskow | Am Markt 2 | Tel. 03366 - 410 23 13

EP: Electro Christoph
Hausgerätekundendienst - Meisterbetrieb -

Unser Service macht den Unterschied

- Hausgeräteservice
- alle Fabrikate
- Einbaugeräteservice

Hausgeräte-Kundendienst Service: (03361) 6 92 25



Die beste Baufinanzierung.

SOMMER AKTION

Effektiver Jahreszins nur:

3,75 % p.a.*

* Kaufpreis 250.000 EUR, Finanzierungssumme 225.000 EUR, 10 Jahre Sollzinsbindung, gebundener Sollzins 3,69 % p.a., effektiver Jahreszins 3,75 % p.a., Monatsrate 879,40 EUR, Sicherung durch Grundschuld, bonitätsabhängig, 100 % Auszahlung, 1 % Tilgung, Kondition freibleibend. Repräsentatives Beispiel: 4,97 % effektiver Jahreszins bei 150.000,00 Euro Nettodarlehensbetrag und Grundschuldssicherung mit für 10 Jahre gebundenem Sollzins von 3,97 % p.a., zzgl. Grundschuldentragungs- und Gebäudeversicherungskosten. Stand: 27.06.2024 | Sparkasse Oder-Spree PF 1365, 15203 Frankfurt (Oder)

Termin-Hotline
0335 5541-1435
s-os.de

 Sparkasse
Oder-Spree

expert
Mit den besten Empfehlungen



ESC

WIR BAUEN FÜR SIE UM!



AB HERBST FÜR SIE,
GRÖßER – MODERNER – INNOVATIVER UND IMMER BESTENS BERATEN!

Aufgrund von umfangreichen Bauarbeiten an unserem Fachmarkt müssen wir vorübergehend das Hauptgeschäft schließen.

Trotzdem sind wir für Sie weiterhin fußläufig gut zu erreichen.

Bis zum Abschluss der Bauarbeiten finden Sie uns auf der anderen Straßenseite, im Gebäude links neben dem „Küchen-Treff“!

Hier erwarten Sie tolle Lager-Abverkaufs-Schnäppchen und jeder **BESUCHER** erhält von uns einen **5 EURO EINKAUFSGUTSCHEIN** für expert ESC geschenkt.

Wir freuen uns auf Sie! *Ihr expert Fürstenwalde Team.*

Telefon: 03361 / 71 10 30

Alte Langewahler Chaussee 11, 15517 Fürstenwalde/Spree

Campustage bei Docemus: Vielfalt erleben und Perspektiven entdecken



DOCEMUS
PRIVATSCHULEN

Im September öffnen die Docemus Privatschulen ihre Türen und laden zu ihren Campustagen ein: Am 14. September auf dem Campus Grünheide, am 21. September auf dem Campus Neu Zittau. Jeweils von 10 bis 14 Uhr haben interessierte Eltern, Schüler und Gäste die Gelegenheit, die Standorte und ihre Bildungsangebote zu erkunden und sich über das humanistische Konzept des freien Trägers zu informieren. Interessierte am Lehrerberuf können außerdem alles rund um den Quereinstieg sowie die Arbeitsmöglichkeiten bei Docemus erfahren.

Umfangreiches Programm an allen Standorten

Grünheide: Der erste Campustag findet am 14. September auf dem Campus Grünheide statt. Zwischen 10 und 14 Uhr können Be-

sucher die modernen Klassen- und Fachräume besichtigen und sich ein Bild von den vielfältigen Unterrichts- und Freizeitangeboten machen. Neben geführten Rundgängen, die von Schülerguides begleitet werden, besteht die Möglichkeit, an naturwissenschaftlichen Experimenten teilzunehmen und die verschiedenen Arbeitsgemeinschaften kennenzulernen. Darüber hinaus werden die vielfältigen Angebote der Gesundheitsinitiative „Schule macht fit“ präsentiert. Für ehemalige Schülerinnen und Schüler wird es an jedem Standort eine Alumni-Lounge geben, die als Treffpunkt für den Austausch und das Netzwerken dient.

Neu Zittau: Am 21. September öffnet der Campus Neu Zittau von 10 bis 14 Uhr seine Türen für umfangreiche Informationsveranstaltungen und Führungen. Schüler und Lehrkräfte gewähren Einblicke in den Schulalltag, präsentieren die verschiedenen Fachbereiche sowie die einzigartigen, docemuseigenen Fächer wie Soziales und Bürgerschaftliches Engagement und



Polyästhetik. Auch angehende oder bereits ausgebildete Lehrer und all jene, die sich für den Beruf interessieren, haben an den Campustagen die Möglichkeit, sich ausführlich über den Quereinstieg und die Karrieremöglichkeiten bei Docemus zu informieren.

Über Docemus:

Die Docemus Privatschulen be-

treiben im Land Brandenburg seit über 18 Jahren weiterführende Schulen. An den Campus-Standorten in Blumberg, Grünheide und Neu Zittau lernen derzeit etwa 1.320 Schülerinnen und Schüler von der siebten bis zur zwölften Klasse an Oberschule, Fachoberschule und Gymnasium unter einem Dach.

Weitere Informationen:

www.docemus.de



DOCEMUS
PRIVATSCHULEN

DOCEMUS CAMPUSTAGE

14.09.24 GRÜNHEIDE

21.09.24 NEU ZITTAU

Mach dich schlau und schau dir deinen zukünftigen Campus genauer an. Wir zeigen dir, wie moderne Schule heute geht, wie gesünder Lernen funktioniert und dass Schule viel mehr sein kann als Unterricht. Wir freuen uns auf dich!

docemus.de

SCHAU
MAL
VORBEI!



Berichterstattung über Strafanzeige gegen Landrat Programmbeschwerde gegen den RBB

Am 19.08.2024 reichte der Verein für Natur & Landschaft Brandenburg e.V. (VNLB) Programmbeschwerde gegen den Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) wegen Manipulation durch Weglassen von Informationen ein.

Die Beschwerde bezieht sich auf die Berichterstattung in der Ausstrahlung „Brandenburg Aktuell“ vom 09.08.2024 (19.30 Uhr) zum Thema: Anzeige gegen Landrat Frank Steffen.

Trotz aller vorliegenden Informationen und Dokumente zu dieser Thematik berichtete der RBB laut VNLB nur unvollständig zu dem Sachverhalt und gab an, dass keine weiteren Informationen vorliegen würden.

Dadurch hätte der RBB den Zuschauern bewusst wichtige Informationen vorenthalten und die Brisanz der Grundwassersituation unter dem Gelände der sogenannten Tesla Gigafactory heruntergespielt.

Im folgenden der Originaltext der Programmbeschwerde:

Programmbeschwerde Manipulation durch Weglassen von Informationen

Sehr geehrte Damen und Herrn,
der Verein für Natur und Landschaft in Brandenburg e.V. (VNLB) legt Be-

schwerde über folgenden Beitrag ein:

Brandenburg Aktuell vom 09.08.2024 ab 19.30 Uhr, Bericht zur Anzeige gegen Landrat Steffen:

„Naturschützer haben Anzeige gegen Landrat Frank Steffen vom Kreis Oder-Spree gestellt. Es geht um das Grundwasser bei Tesla. Der Verein für Natur und Landschaft wirft dem Landrat beziehungsweise seiner Fachbehörde vor, nicht zu handeln und die Gefahren für das Grundwasser herunterzuspielen. Steffen wies das zurück. Grundlage der Anzeige ist ein Bericht der Märkischen Oderzeitung über die Trinkwasserversorgung in der Region und angebliche Giftstoffe im Grundwasser bei Tesla. Nach rbb-Informationen gibt es darauf aber keine Hinweise.“

Wir fordern den rbb auf, zukünftig entsprechend der vorliegenden Quellen zu berichten und wichtige Informationen den Zuschauern und Zuhörern nicht vorzuenthalten.

Begründung

Trotz vorliegender Dokumente und Informationen berichtete der RBB nur unvollständig über den Sachverhalt und gab an, dass keine weiteren Informationen vorliegen. Der RBB verwies nicht auf den Monitorbericht Schutzgut Grundwasser, der von Tesla herausgege-

ben wurde und auf dem sich der Artikel in der Märkischen Oderzeitung und die Anzeige des VNLB begründen. Die Brisanz der Grundwassersituation unter dem Gelände der sogenannten Tesla Gigafactory wurde dadurch heruntergespielt und die Zuschauer unzureichend informiert.

Tesla ist verpflichtet, einen jährlichen Monitorbericht Schutzgut Grundwasser erstellen zu lassen und an die zuständigen Fachbehörden weiterzugeben. Der erste Bericht wurde am 28.03.2024 fertig gestellt. Der VNLB erhielt den Bericht auf Grundlage eines Antrages auf Akteneinsicht.

In der Pressemitteilung vom 05.08.2024 informierte der VNLB über diesen Bericht. Da die zuständige Behörde, die Untere Wasserbehörde des Landkreises Oder-Spree, keine Handlung für nötig erachtete, stellte der VNLB Strafanzeige.

Alle Pressemitteilung einschließlich der Anlagen, der Monitorbericht, die Strafanzeige und den Verweis auf die Veröffentlichungen zum Thema erhielt auch der rbb.

Verein für Natur und Landschaft in Brandenburg e.V.

Impressum

BSK erscheint im 33. Jahrgang

Verlag: Michael Hauke Verlag e.K., Alte Langewahler Chaussee 44, 15517 Fürstenwalde, Tel.: (03361) 5 71 79

www.hauke-verlag.de

(hier finden Sie auch unsere DSGVO-Informationen)
Postanschrift: Michael Hauke Verlag e.K., Alte Langewahler Chaussee 44, 15517 Fürstenwalde. V.i.S.d.P.: Michael Hauke.

E-Mail: info@hauke-verlag.de. Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, BSK erscheint alle 14 Tage am Mittwoch/Donnerstag im Altkreis Beeskow. Es gelten die Mediadaten unter www.hauke-verlag.de. Anzeigen- und Redaktionschluss ist jeweils am Donnerstag vor Erscheinen, 12.00 Uhr.

Anzeigenblätter in Brandenburg seit 1990

HAUKE
VERLAG

Die Zeitungen des Hauke Verlages:

BSK, die Beeskower Zeitung

Tel. (03361) 57 179
Jan Knaupp: 0172/600 650 2

FW, die Fürstenwalder Zeitung

Tel. (03361) 57 179
Jan Knaupp: 0172/600 650 2
Norbert Töbs: 0152/54 24 79 92

Kümmels Anzeiger

Tilo Schoerner: (03361) 57 179

Grundgesetz, Artikel 5

Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

WIR LIEBEN
PAPIER!



Und
so wird es
auch bleiben!

Beeskower BSK
Die Beeskower Zeitung

LANGE
N8
Beeskow

ERLEBNIS-SHOPPING
AKTIONEN, MUSIK & KULINARIK
IN DER INNENSTADT

31. AUGUST
SAMSTAG 17-23 UHR



BSK - Tipp

01.09.24, 10-16 Uhr Rad-Scharmützel – Rund um den Scharmützelsee/ Storkower See
01.09.24, 10-17 Uhr Kunstmarkt Bad Saarow, Seestraße
01.09.24, 10-18 Uhr Countryfest im Heimattiergarten Fürstenwalde
01.09.24, 10:30-12 Uhr Führung durch den Kurort Bad Saarow Treffpunkt: Bad Saarow
03.09.24, 15 Uhr, Frank Fröhlich präsentiert „Wie der Fuchs fliegen lernen wollte“, ein Märchen der Mark Brandenburg, Burg Storkow (Mark)
03.09.24, 15 Uhr, Karten spielen im Scharwenkahaus Bad Saarow, Scharwenka Kulturforum
04.09.24, 14 Uhr, Seniorenkino im Cinema Bad Saarow

ja bitte!?
druck & werbung



www.jabitte.com

Offsetdruck
Siebdruck
Digitaldruck
Textildruck
Grafikdesign
Webdesign
Schilder
Beschriftungen
Stempel

Pfaffendorfer Chaussee 35
15848 Rietz-Neuendorf

Tel. 033672 72617
Fax 033672 72615
info@jabitte.com

06.09.-08.09.24, 20 Uhr, Flammen der Scharmützelsee – Traditionsfest der Gemeinde Bad Saarow, Freilichtbühne Bad Saarow
06.09.24, 20 Uhr, Große Nachwächterführung durch die alten Gassen von Storkow, Infos unter www.gefahrten-der-nacht.de
07.09.24, 08-14 Uhr, Storkower Trödelmarkt, Marktplatz und Altstadt
07.09.24, 16 Uhr Kurkonzert, Bad Saarow, Scharwenka Kulturforum
08.09.24, 10-16 Uhr, Antik- & Trödelmarkt in Wendisch Rietz, beim Freizeitpark Scharmuntzelland.
08.09.24, 13-16 Uhr, Training der Burgwache, Burg Storkow (Mark)
12.09.-15.09.24 Filmfestival, Bad Saarow, Alte Eichen 33, Kulturscheune auf dem Eibenhof
13.09.24, 15-17:30 Uhr, Stimmen zum Frieden, Autorenlesungen, Podiumsdiskussionen, Musikaufführungen, Kinderschminken, improvisierte Einlagen und Besprechungen von Büchern zum Frieden, Kirchplatz vor der Evangelischen Kirche Bad Saarow,
14./15.09.24, 10-18 Uhr, Erdappelwochenende im IRRLANDIA, Storkow (Mark)

Ihre Termine per e-mail:
j.knaupp@hauke-verlag.de

Alle Termine basieren auf Informationen der jeweiligen Veranstalter bzw. aus öffentlichen Veranstaltungsprogrammen. Für die Richtigkeit übernimmt der Verlag keine Gewähr.

PINKs CHOICE – Bricks To Enjoy – A Tribute To Pink Floyd



Das fünfte und letzte open Air Sommerkonzert in diesem Jahr an der Alten Schulscheune findet am 31. August um 21.00 Uhr statt. Nach einer, vor allem durch das Wetter bedingten, sehr spannenden Saison freut sich das Team der Schulscheune auf den neuen musikalischen Höhepunkt zum Saisonabschluss.

Das einzigartige Werk von PINK FLOYD inspiriert noch heute viele Menschen auf der ganzen Welt. Die Dresdner Tribute Band PINKs CHOICE hält das Erbe dieser großartigen Band aufrecht und begeistert ihr Publikum mit einer authentischen

und emotionalen Show. Mit zeitlosen Songs wie „Wish you were here“, „Another brick in the wall“ und „Shine on you crazy diamond“ bringen die hervorragenden Musiker die geheimnisvoll-sphärischen und kraftvoll-rockigen Klänge von PINK FLOYD live auf die Bühne zurück und erschaffen mit eindrucksvollen Gitarren-, Orgel- und Saxofon-Soli den unverwechselbaren Sound noch einmal neu. Freuen Sie sich auf ein unvergessliches Konzerterlebnis.

Einlass ab 19.30 Uhr, Showtime 21 Uhr, Karten VVK 23 (AK 25) Euro unter www.Alte-Schulscheune.de oder

bei den Tourist Informationen in Bad Saarow und Fürstenwalde sowie im Reisebüro Werther in Beeskow und der Tankstelle bft in Lindenberg.

www.hauke-verlag.de

Musik für St. Marien

Konzert zum Tag des offenen Denkmals

Deutschland verfügt auf Grund seiner Geschichte, die viele Residenzen und Städte mit Theatern und Opernhäuser hervorbrachte, über eine unvergleichlich dichte Orchesterlandschaft. Dazu gehören nicht nur professionelle Ensembles, sondern auch viele Klangkörper, die aus Amateuren bestehen. Dabei ist die Leistungsfähigkeit dieser früher oft "Liebhaberorchester" genannten Vereinigungen oft erstaunlich hoch. Eine solche Vereinigung, das Kammerorchester Da Ponte aus Berlin, stellt am zweiten Sonntag im September, der inzwischen auch als Tag der Orgel begangen wird, sein diesjähriges Konzertreiseprogramm in Beeskow vor. Die Leitung hat der Berliner Violinist, Musikpädagoge und Dirigent Tassilo Kaiser. Auf dem Programm stehen Werke vom 18. bis 20. Jahrhundert, zum Teil auch mit solistischen Beiträgen.

Dr. Ekkehard Krüger

Musik für St. Marien - CCXC, Konzert zum Tag des offenen Denkmals
Sonntag, 8. September 24, 17 Uhr, Beeskow, St. Marien, Eintritt frei, Spende erbeten.

Das **Leben** ist bunt,
Abschied ist *himmelblau!*

BEESKOW
Spreebestattung

Markt 2 | 15848 Beeskow
Tel.: 03366 410 23 13

Neuer Spielplatz in Kohlsdorf

Der Ortsteil Kohlsdorf der Kreisstadt Beeskow hat einen neuen Spielplatz. Am 17.08.2024 wurde hier die Einweihung gefeiert. Der neue Spielplatz bietet eine Vielzahl von Spielgeräten und Aktivitäten, die darauf ausgelegt sind, die motorischen Fähigkeiten und die Kreativität der Kinder zu fördern. Von Schaukeln über Rutschen bis hin zu Klettergerüsten – hier ist für jedes Kind etwas dabei. Zudem wurde bei der Planung großer Wert auf Sicherheit und Nachhaltigkeit gelegt, sodass ein Teil der Spielgeräte vom ehemaligen Spielplatz stammt und die neuen Geräte aus umweltfreundlichen Materialien bestehen. „Wir sind stolz darauf, diesen neuen Spielplatz für unsere Kinder und Familien zu eröffnen“,

sagte Bürgermeister Robert Czaplinski anlässlich der Einweihung. „Ein Spielplatz ist nicht nur ein Ort zum Spielen, sondern auch ein wichtiger Raum für soziale Interaktion und die Entwicklung von Freundschaften. Wir hoffen, dass dieser Spielplatz ein beliebter Treffpunkt für unsere Gemeinschaft wird.“

Insgesamt wurden in die Erneuerung des Spielplatzes 348.000 € investiert. Die Maßnahme wird zu 75 % mit ELER-Mitteln – Lebensqualität – öffentliche Grundversorgung gefördert.

www.beeskow.de

Einschränkungen der Sprechstage

Aufgrund der Wahlvorbereitungen zur anstehenden Wahl am 22.09.2024 werden im Bereich Standesamt/Ordnungsamt/Einwohnermeldeamt/Gewerbeamt bis einschließlich 30. September 2024 die Sprechstage eingeschränkt.

Unsere Öffnungszeiten lauten nun wie folgt:

- Dienstag: 09 Uhr bis 12.30 Uhr und 13.30 Uhr bis 18 Uhr
- Donnerstag 09 Uhr bis 12.30 Uhr und 13.30 Uhr bis 15 Uhr

Die Sprechstunden am Freitag entfallen vorübergehend.

In dringenden Angelegenheiten sind wir weiterhin telefonisch für Sie zu erreichen.

**Priv. Kleinanzeigen
nur 9,50 Euro**

Gewerbliche Kleinanzeigen:
18,- Euro netto

Jetzt online schalten unter:
www.hauke-verlag.de

Der nächste

Der Ostbrandenburger
**BAU- UND
IMMOBILIEN-
SPIEGEL**

erscheint am
25. September 2024



ENGLER
BAU- UND LANDMASCHINEN
Vermietung · Verkauf · Service · Bau- · Hof- · Stalltechnik

Vermietung & Verkauf von Baumaschinen



- Radlader (verschiedene Größen)
- Minibagger (hydr. Stemmhammer, Erdbohrer, etc.)
- Baumaschinenanhänger, 3-Seiten-Kipper
- Rüttelplatten (80-420 kg)
- Rüttelstampfer (Hopser)
- Tischsäge (Betonpflaster, 220V)
- Benzinmotorflex
- Holzhäcksler Stamm 16 cm weitere Geräte auf Anfrage

Wir führen auch Erdarbeiten auf Ihrem Grundstück aus.

Charlottenhof 31 · 15848 Beeskow
Tel. 03366-24995
www.engler-baumaschinen.de

1.11.-31.3. Mo.-Fr. 7:30-16:00 Uhr
1.4.-31.10. Mo.-Fr. 7:30-17:00 Uhr erreichbar
Anlieferung auf Wunsch möglich

DAITEM

Ihre Sicherheitsfirma aus Beeskow

www.halle-alarm.de



DAITEM-Alarmanlage 100 % kabellos und vom Deutschen Hersteller Atral-Secal GmbH

Mietkauf 36 x 70,- EUR inkl. MwSt. und Aufschaltung zu unserem Notruf-Service

- mit Alarmanlagen-24h-Service

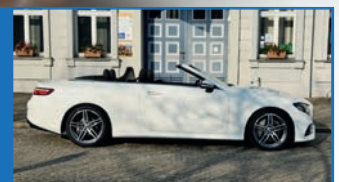
- Schlüsselservice
- Zutrittskontrollsysteme
- Mobiler Wachdienst
- Nebelanlagen
- Video(live)anlagen
- Alarmanlagen
- Brandmeldeanlagen

CHAUFFEUR- & FAHRDIENSTE:

Chauffeurdienst mit der S-Klasse mieten



Chauffeurdienst für Hochzeiten mit der S-Klasse Langversion (auch weißes Cabrio) inkl. Fahrer mieten



Halle Alarm GmbH

Mobil: 0172-3 17 55 16

E-Mail: info@halle-alarm.de

**HALLE
ALARM**

SICHERHEITSLÖSUNGEN MIT STIL

LEIPZIG | HALLE | BERLIN | MALLORCA | MÜNCHEN |
HAMBURG | CHEMNITZ | DRESDEN | BEESKOW

Oper Oder Spree – Neuinszenierung von Shakespeares „Ein Sommernachtstraum“

Oper Oder Spree, das Musikfestival zur Förderung junger Sängerinnen und Sänger, steht in diesem Jahr ganz unter dem Eindruck eines Traums: William Shakespeares „Ein Sommernachtstraum“ bildet die Basis für die diesjährige Neuinszenierung „Traum-Nacht-Sommer“.

Unter der Regie von Lars Franke und der musikalischen Leitung von Dirk Rave verschmelzen die klassischen Elemente der bekannten Komö-

die mit den Werken von Mendelssohn Bartholdy und anderen. Sie erhalten mit überraschenden musikalischen Zitateneinen modernen Anstrich. Im Mittelpunkt des Geschehens stehen in dieser Neuinszenierung eine Gruppe Handwerker, die mit Wortwitz und Sprücheklopfen in einen Traum hineingezogen werden. Dort begegnen Sie der Feenkönigin Titania und ihrem Mann Oberon sowie seinem Gefährten Puck. Das Königspaar ist nach lan-

ger Ehe durch Rachegefühle und Streit entzweit. In diesen Strudel der Auseinandersetzung geraten die sterblichen Liebenden hinein. Verwirrungen und Missverständnisse sind vorprogrammiert. Doch die Frage bleibt: Ist das alles wirklich nur ein Traum?

Das Internationale Musiktheaterfestival Oper Oder Spree hat sich nicht nur zu einem Treffpunkt für Musik- und Opernliebhaber entwickelt, sondern ist auch zu einem Markenzeichen für die Region geworden. Seit 1998 wird Musiktheater in der Region gestaltet und nun rücken die Sommerproduktion als auch der Internationale Opernkurs näher zusammen. 2023 wurden drei Sängerinnen und ein Sän-

ger des Kurses aufgrund ihrer herausragenden Leistungen für die diesjährigen Produktionen ausgewählt.

Termine:

- 5. September 2024, Premiere, 20 Uhr, Burghof Beeskow
- 6. September 2024, 20 Uhr, Burghof Beeskow
- 7. September 2024, 20 Uhr, Burghof Beeskow

Tickets sind in der Kloster-Information und in der Besucherinformation Neuzelle, auf der Burg Beeskow sowie in allen reservix-Verkaufsstellen oder online unter www.operoderspree.de erhältlich. **Landkreis Oder-Spree**

Beratungsangebot der EUTB-LOS in Beeskow

Unser Beratungsangebot der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) findet am

12.09., 26.09. und 10.10.2024 in den Räumen des Hüfnerhauses, Adrianstraße 11 statt.

Sprechstunden sind weiterhin in den ungeraden Kalenderwochen jeweils am Donnerstag von 13-15 Uhr

In dieser kostenlosen Beratung bieten wir Unterstützung und Informationen für Menschen mit (drohenden) Behinderungen und/oder Angehörige von Menschen mit Behinderungen an.

Aus eigener Erfahrung beraten wir Sie individuell zu allen Fragen zur selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben, z.B. Gesundheit, Mobilität, Familie, Wohnen, Arbeit, Bildung, Freizeit, Hilfsmittel, Pflege und vieles mehr.

Bitte melden Sie sich vorab unter Tel.: 0159-01 95 33 03 oder per E-Mail: eutb-bb@schwerhoerigen-netz.de an.

Wir beraten, Sie entscheiden.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

**Frank Holländer und
Astrid Wilhelm**



Gefördert durch:

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

**Nächste Termine:
Donnerstag
12.09., 26.09 &
10.10.24 13-15 Uhr**

Kontaktieren Sie uns!

EUTB-LOS
Adrianstraße 11
(Hüfnerhaus)
15848 Beeskow
Tel.: 0159-01 95 33 03
✉: eutb-bb@schwerhoerigen-netz.de

**BSK 19/24 erscheint am 11.09.24.
Anzeigen- und Redaktionsschluss ist am 05.09.24, 12 Uhr.**



Liebevolle Unterstützung ohne Zeitdruck

Verhinderungspflege und alltagsunterstützende Angebote z.B. Begleitung zu Terminen, Einkauf, haushaltsnahe Dienstleistungen
Individuelle Beratung, auch Beratungsbesuch nach § 37 Abs. 3 SGB XI

**Wir sind tätig in Eisenhüttenstadt, Beeskow, Frankfurt (O.)
und der jeweiligen dörflichen Umgebung.**

Kontaktieren Sie uns. Wir sind gern für Sie da.

Neutzsch GmbH

Hauptstr. 18 • 15299 Grunow

Telefon: (033655) 59 19 60 • Mobil: 0151/65 10 35 45

www.pflege-neutzsch.de

Bestattungsinstitut · Floristik · Friedhofsgärtnerei



HOLZ
Bestattungsinstitut BeFlor
Innungsbetrieb und BSW Partner



Friedhofsstraße 3, 15517 Fürstenwalde

Telefon 03361 5 93 80 • info@beflor.de • www.beflor.de

Bad Saarow – Verdacht der Verkehrsunfallflucht

Am Nachmittag des 18.08.2024 wurden Polizisten in die Trift gerufen. Nach bisherigen Erkenntnissen hatte ein Mercedes Vito in der schmalen Straße mit dem rechten Außenspiegel zwei Frauen erfasst, was bei den 40 und 70 Jahre alten Geschädigten auch zu leichten Verletzungen führte. Trotzdem setzte der Fahrer des Kleintransporters seinen Weg nach kurzem Halt einfach fort.

Der Polizei liegt eine sehr gute Personenbeschreibung und das Kennzeichen des Autos vor. Kriminalisten der Inspektion Oder-Spree/Frankfurt (Oder) ermitteln nun in der Sache und gehen dem Verdacht der Verkehrsunfallflucht nach.

Storkow (Mark) – Mit Pfefferspray angegangen

Am 12.08.2024 wurde die Polizei gegen 22:20 Uhr zur Straße Am Markt gerufen. Ein 18-Jähriger hatte bemerkt, dass zwei Personen ihm folgten und Böses geahnt. Tatsächlich sprühte einer der Verfolger ihm Pfefferspray ins Gesicht. Die Kriminalpolizei ermittelt nun, was es mit der Begegnung auf sich hatte.

Rietz-Neuendorf – So regelt man das ganz sicher nicht...

Am Nachmittag des 10.08.2024 war ein Bewohner von Buckow wohl der Meinung, einem Autofahrer handgreiflich beibringen zu müssen, dass Geschwindigkeitsbeschränkungen für alle gelten. Beim Streitgespräch in der Falkenberger Straße soll er den 20-Jährigen gewürgt und als sich dessen 36 Jahre alter Kumpel einmischte, den auch noch bedroht haben. Weil Letzgenannter sich daraufhin ebenso äußerte, ermittelt die Kriminalpolizei nun wegen gefährlicher Körperverletzung gegen den Endfünfziger sowie zum Vorwurf der wechselseitigen Bedrohung gegen ihn sowie den 36-Jährigen. Da half es auch nicht, dass alle Beteiligten sich schließlich beruhigten und einsichtig zeigten.

Bad Saarow – Verdacht fahrlässige Brandstiftung

Am 10.08.2024 in den Mittagsstunden brannte der Dachstuhl eines Hauses im Birkengrund in Bad Saarow. Der Hauseigentümer hatte versucht, ein Wespennest unsachgemäß zu entfernen. Die Feuerwehr löschte den Brand im Anfangsstadium, sodass der Schaden überschaubar ist.

Eine Anzeige wurde aufgenommen und der Brandort beschlagnahmt. Weitere Ermittlungen durch die Kriminalpolizei erfolgen.

Rietz-Neuendorf (OT Buckow) – Brandursachenermittlung

Am 03.08.2024 wurde die Polizei darüber in Kenntnis gesetzt, dass circa 200 Strohballen in Brand geraten sind.

Bei Eintreffen der Polizeibeamten befand sich die Feuerwehr bereits vor Ort und führte erfolgreich die Löscharbeiten durch. Die Ursache des Brandes ist gegenwärtig noch nicht abschließend geklärt. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen übernommen.

Storkow (Mark) – In Schuppen eingedrungen

Noch Unbekannte sind in der ersten Tageshälfte des 01.08.2024 in einen Schuppen im Bugker Weg eingedrungen und haben von dort diverse Maschinen und Werkzeuge mit sich ge-

nommen. Wer sie waren und wo das Diebesgut abgeblieben ist, ermittelt nun die Kriminalpolizei.

Tauche – Schmierereien auf Baustelle hinterlassen

Am 31.07.2024 wurden Polizisten zu einer Baustelle auf der B246 gerufen. Dort hatten sich Graffiti-Schmierer zu schaffen gemacht und an einer Straßenfräse ihre „Kunst“ hinterlassen. Der betroffenen Firma entstand so ein Sachschaden von rund 1.000 Euro. Die Kriminalpolizei hat sich der Sache angenommen und ermittelt zu den Tätern.

Wendisch Rietz – Schwerer Verkehrsunfall

Am 30.07.2024 waren eine 80-jährige Radfahrerin und ein 47 Jahre alter Mann auf einem Motorrad in der Hauptstraße unterwegs. Dort stießen die beiden Verkehrsteilnehmer gegen 14:55 Uhr aus bislang ungeklärter Ursache zusammen. Die Rentnerin erlitt dabei schwere Verletzungen und musste in ein Krankenhaus gebracht werden. Der 47-Jährige wurde leicht verletzt. Kriminalisten ermitteln nun, wie es zu dem Geschehen hatte kommen können.



ELEGANZ, DIE SICH AUFLÄDT.

Die vollelektrischen Vans von Mercedes-Benz verbinden großzügiges Raumangebot mit elegantem Komfort und elektrischem Fahrvergnügen. Dank zahlreicher Sicherheits- und Assistenzsysteme kommen Sie entspannt an Ihr Ziel. Entdecken Sie den vollelektrischen EQV und den EQT bei Ihrer F/G/M Automobil GmbH.

DEFINING ELECTRIC.

Jetzt bei uns Probe fahren

Mercedes-Benz

Mercedes-Benz EQT 200 standard | Energieverbrauch kombiniert: 20,9–19,3 kWh/100 km | CO₂-Emissionen kombiniert: 0 g/km | CO₂-Klasse: A. Die angegebenen Werte wurden nach dem vorgeschriebenen Messverfahren WLTP ermittelt. Der Energieverbrauch eines Pkw ist nicht nur von der effizienten Ausnutzung des Kraftstoffs durch den Pkw, sondern auch vom Fahrstil und anderen nichttechnischen Faktoren abhängig.

Anbieter: Mercedes-Benz AG, Mercedesstraße 120, 70372 Stuttgart

F/G/M Automobil GmbH Franz Graf Mettchen.

Autorisierter Mercedes-Benz PKW und Transporter Verkauf und Service.

Fürstenwalde: Autofocus 3, 15517 Fürstenwalde, +49 3361 55 55

Erkner: Julius-Rütgers-Str. 1, 15537 Erkner, +49 3362 79 79 79

Frankfurt (Oder): Vertriebscenter im AH Franz, Goepelstr. 89, +49 335 68 38 30

F/G/M
Automobil GmbH
Franz Graf Mettchen

HOFTRÖDELMARKT in LINDENBERG

am 21.09.2024 von 10 bis 16 Uhr
Schwalben- und Poststraße, 15848 Lindenberg

In diesem Jahr findet unser siebenter Hoftrödelmarkt in Lindenberg statt. Wie auch im vergangenen Jahr erkennen Sie die Höfe, die am Trödelmarkt teilnehmen, an den Luftballons am Hoftor.

Wir hoffen auf viele Besucher und freuen uns schon auf Sie!

BITTE PARKEN SIE NICHT DIREKT IN DER SCHWALBEN- ODER POSTSTRASSE!

Hof-, Dorf- & Straßentrödelmarkt

am 21.09.2024
von 10 bis 16 Uhr
in 15859 Möllendorf
rund um die alte Eiche

mit Angeboten von antik
bis neu



An- & Verkauf

Brenn- und Kaminholz, 25-50 cm gesiebt, BIG-PACK, Anlieferung möglich, Tel.: 0171-441 00 33

Wir kaufen
Wohnmobile + Wohnwagen
03944-36160
www.wm-aw.de FA

Immobilien

Verkaufe privat Bauland, 957 m², erschlossen in Schöneiche bei Berlin
Tel.: 01577-365 66 99

Verschiedenes

Intarsienwerkstatt Rohne! Ich löse mein Atelier auf und Sie sind herzlich eingeladen am 08.09.2024 von 10.00 bis 18.00 Uhr nach Berkenbrück, Wilhelm-Pieck-Straße 27. Besichtigen Sie letztmalig meine Bilder und Dekos, auch ein Erwerb ist möglich!

Bitte bevorzugen Sie täglich möglichst die Solarstromreiche Zeit von 10.45 bis 16.05 Uhr um Batterien und Wärme Speicher zu laden und Ihren zeitbeweglichen Stromverbrauch. Meiden Sie 6.05 bis 10.05 Uhr sowie 17.55 bis 23.05 Uhr. Bitte Stromgedacht.APP beachten.

FAHR-SERVICE
Reim



Krankenfahrten | Privatfahrten

NEUERÖFFNUNG am 01. September 2024

Unsere Leistungen: ▶Dialysefahrten ▶Fahrten zur Strahlen- und Chemotherapie ▶Arztfahrten ▶Fahrten zu Erholungs- und Rehaeinrichtungen sowie Tageskliniken ▶Fahrten zu Krankenhauseinweisungen und Entlassungen ▶Private Termine (z.B. Familienfeiern) ▶Krankenfahrten aller Kassen und Privat ▶Rollstuhlbeförderung ▶Treppensteiger
Personen-Transporte bis zu 8 Personen

Telefon: 033635/261240 | E-Mail: FahrserviceReim@web.de

ES IST ZEIT

Für Frieden.

Kathi

MUXEL



AfD

LANDESVERBAND
BRANDENBURG



Im Landkreis Oder-Spree fehlen aktuell rund 1.170 Wohnungen

Es muss gebaut werden: Bis 2028 braucht der Landkreis Oder-Spree den Neubau von rund 1.130 Wohnungen – und zwar pro Jahr. Diese Wohnungsbau-Prognose für die kommenden vier Jahre hat das Pestel-Institut in einer aktuellen Regional-Analyse zum Wohnungsmarkt ermittelt. „Der Neubau ist notwendig, um das bestehende Defizit – immerhin fehlen im Landkreis Oder-Spree aktuell rund 1.170 Wohnungen – abzubauen: Aber auch, um abgewohnte Wohnungen in alten Häusern nach und nach zu ersetzen. Hier geht es insbesondere um Nachkriegsbauten, bei denen sich eine Sanierung nicht mehr lohnt“, sagt Matthias Günther vom Pestel-Institut.

Der Wissenschaftler erwartet, dass das Baupensum allerdings zurückgeht: Günther spricht von einem „lahmenden Wohnungsneubau, dem mehr und mehr die Luft ausgeht“. So gab es in den ersten fünf Monaten dieses Jahres nach Angaben des Pestel-Instituts im ganzen Landkreis Oder-Spree lediglich für 146 neue Wohnungen eine Baugenehmigung. Zum Vergleich: In 2023 waren es im gleichen Zeitraum immerhin noch 367 Baugenehmigungen. „Damit ist die Bereitschaft, im Kreis Oder-Spree neuen Wohnraum zu schaffen, innerhalb von nur einem Jahr um 60 Prozent zurückgegangen“, sagt Matthias Günther.

Das Pestel-Institut hat die Regional-Analyse zum Wohnungsmarkt im Auftrag des Bundesverbandes Deutscher Baustoff-Fachhandel (BDB) durchgeführt. Für dessen Präsidentin macht die Untersuchung eines deutlich: „Es



ist eine Milchmädchenrechnung, die leerstehenden Wohnungen gegen den aktuellen Bedarf an Wohnungen gegenzurechnen. Das funktioniert so nicht. Politiker, die das gerade versuchen, betreiben Augenwischerei“, sagt Katharina Metzger. Sie erteilt damit der Aufforderung von Klara Geywitz (SPD) eine klare Absage. Die Bundesbauministerin hatte zuletzt den Menschen, die eine Wohnung suchen, geraten, aufs Land zu ziehen.

Für die Verbandschefin vom Baustoff-Fachhandel steht fest: „Der Wohnungsbau ist auch im Kreis Oder-Spree das Bohren dicker Bretter.“ Um voranzukommen, fordert Metzger, die Baustandards zu senken: „Einfacher bauen – und damit günstiger bauen. Das geht, ohne dass der Wohnkomfort darunter leidet. Andernfalls baut bald keiner mehr.“ Es müsse ein „starkes Abspecken“ bei Normen und Auflagen geben – im Bund, bei den Ländern

und Kommunen. Katharina Metzger warnt: „Am Ende stoppen überzogene Förderkriterien, Normen und Auflagen den Neubau von Wohnungen – von hoch geschraubten Klimaschutzmaßnahmen, ohne die es keine Förderung gibt, bis zu Stellplätzen, ohne die erst gar nicht gebaut werden darf.“

Scharfe Kritik richtet Metzger an den Bund: „Es passiert zu wenig. Und was jetzt passiert, kommt zu spät. Wer 400.000 Neubauwohnungen – darunter 100.000 neu gebaute Sozialwohnungen – im Wahlkampf verspricht und im Koalitionsvertrag festschreibt, der darf nicht erst ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl wach werden.“ Ohne eine deutlich stärkere staatliche Unterstützung würden weder der notwendige Neubau noch die Sanierungen von Wohnungen im erforderlichen Umfang gelingen.

Außerdem kritisiert Metzger gemeinsam mit den Wissenschaftlern vom Pestel-Institut den geplanten Bundeshaushalt für 2025: Darin fehlten dringend notwendige Fördermittel für den Wohnungsneubau – allen voran für den sozialen Wohnungsbau. Der benötigt nach Berechnungen des Pestel-Instituts mindestens 12 Milliarden Euro pro Jahr von Bund und Ländern. Der Bund stelle für 2025 jedoch lediglich 3,5 Milliarden Euro bereit.

Auch die Perspektive sei schlecht: Bis 2028 wolle die Bundesregierung Sozialwohnungen mit weniger als 22 Milliarden fördern. „Das reicht hinten und vorne nicht. Und es ist ein willkürlich gegriffener Zeitraum, um eine vermeintlich hohe Milliardensum-

me in den Raum zu stellen. Doch die Wahrheit dahinter ist: Der soziale Wohnungsbau wird bei dieser Bundesregierung auch weiter auf der Strecke bleiben. Das müssen die Menschen den heimischen Bundestagsabgeordneten im Landkreis Oder-Spree jetzt klar machen. Nur wenn es massiven Druck vor Ort gibt, werden diese und die kommende Bundesregierung begreifen, wie ernst die Lage ist“, sagt Katharina Metzger.

Aktuell erlebe die Wohnungsbau-Branche „einen regelrechten Absturz“. Viele Unternehmen hätten bereits Kapazitäten abbauen müssen. „Die Neubau-Zahlen gehen in den Keller. Mauerstein-Hersteller zum Beispiel schließen Werke. Die Entlassungswelle rollt: Der Bau verliert Beschäftigte – darunter gute Fachkräfte. Dabei ist das das Letzte, was sich Deutschland jetzt erlauben darf“, so Katharina Metzger.

Die Verbandspräsidentin des Baustoff-Fachhandels warnt gemeinsam mit dem Pestel-Institut vor einer „Absturz-Spirale beim Wohnungsneubau“. Die Situation sei fatal: „Wohnungsnot trifft auf Nicht-Wohnungsbau. Diese toxische Entwicklung muss dringend gestoppt werden.“ Denn Wohnungsmangel schaffe soziale Spannungen. „Wenn sich Menschen wochen- und monatelang um eine neue Wohnung kümmern müssen, dann braut sich da etwas zusammen. Das ist Gift für das soziale Miteinander in der Gesellschaft“, so Katharina Metzger.

**Quelle: Bundesverband
Pestel-Institut /Deutscher
Baustoff-Fachhandel (BDB)**

Diese schonungslose Broschüre trifft Sahra Wagenknecht & BSW bis ins Mark!

Die Hütte brennt lichterloh! Die völlig unfähige Ampelregierung reißt Deutschland immer weiter in den Abgrund. Längst stehen alle Alarmsignale auf Rot! Und das im wahrsten Sinne des Wortes! Damit ist nicht nur die desaströse Lage des Landes gemeint, sondern auch die politische Gesinnung,

die insbesondere bei den anstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg unter dem Deckmantel der Bürgerlichkeit daherkommt. Und zwar durch die „falsche Prophetin“ und „Ex-Kommunistin“ Sahra Wagenknecht und ihr gleichnamiges Bündnis (BSW)!



Der tiefrote Wolf im blütenweißen Schafspelz

Obwohl Wagenknecht stets souverän auftritt, scheinbar viel Richtiges sagt und phänomenale Sympathiewerte erzielt, spiegelt das nicht ihr wahres Gesicht wider! Denn sie und ihre BSW-Truppe vertreten mitnichten eine bürgerliche Mitte, sondern vielmehr eine drastische linke Position im bundesdeutschen Parteienspektrum. Letztlich wollen Wagenknecht & Co. entweder Teil einer sozialistisch-grünen Regierung in den ostdeutschen Bundesländern werden. Oder, wie bereits von Katja Wolf, der BSW-Landesvorsitzenden in Thüringen, angekündigt, die Ministerpräsidentin stellen. Das wäre ganz gewiss keine politische Alternative oder gar ein Wandel, sondern nichts anderes als eine Fortsetzung des grün-linken Ökosozialismus! In Wahrheit wollen

die „Ex-Kommunistin“ und ihr Bündnis einen politischen Wechsel verhindern. Und zwar durch die Vorspiegelung bürgerlicher Nähe, um die Stimmen unzufriedener Wähler abzugraben. Doch mit dieser Täuschung ist nun Schluß! Schonungslos offen reißt der konservative Investigativ-Journalist und Publizist Guido Grandt in einer faktisch belegten Broschüre der dunkelroten Sozialistin und ihrem BSW die Maske vom Gesicht! Danach kann wirklich niemand mehr sagen, er hätte ihre wahren Absichten nicht ge- oder erkannt. „Wehret den Anfängen!“ – ist ein geflügelter Ausspruch, wenn es um die Warnung vor sehr gefährlichen politischen Entwicklungen geht. Und selten trifft dieser so zu wie auf Sahra Wagenknecht und ihre BSW!

Kostenlose Broschüre

Ich bestelle **kostenlos** und **ohne jegliche Verpflichtung** die neue Broschüre von Guido Grandt

Das wahre Gesicht des Linken Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW)



Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

Plz und Ort: _____

So geht es schneller, scannen Sie einfach diesen Matrix-Code!

Bitte einsenden an: HV

Die Deutschen Konservativen e.V.

Postfach 76 03 09 - 22053 Hamburg
Tel.: 040/299 44 01 - Fax: 040/299 44 60
E-mail: info@konservative.de



Die neue Enthüllungsbroschüre sorgt für den politischen Durchblick und entlarvt Sahra Wagenknecht und ihr BSW.

und anderen Getränken an vorsätzliche Körperverletzung grenzt. Analog zum Grundsatz „Wasser ist Leben“ hätte allein diese Schikane, die die Mainstreammedien vergessen zu erklären bei der Beschwerde von Michael Ballweg, symbolträchtiger nicht sein können: Grabt ihnen das Wasser ab?! Dank des Querdenkens ist es allen Teilnehmern gelungen, sich durch tatsächliche Solidarität und den in den letzten Jahren sehr gut geschulten Verstand sich einen wunderschönen Tag zu machen und sich nicht die Laune von ein paar unter der Uniform fast erstickenen Büttel zu machen. Mädels und Jungs unter den Uniformen: Gesellt Euch zu uns, bei uns war die Laune bestens und fried(ens)liebend! Übrigens gehen wir auch für Euch auf die Straße. Bitte nicht hinterher der Spruch: „Das haben wir nicht kommen sehen!“

Einzelne diesem schwachsinnigen Verbot zuwiderhandelnde und damit Menschlichkeit beweisende Getränkeverkäufer und sogar -schenker wurden mit einem beneidenswert hohen Personalschlüssel Uni(n)formierter und Bewaffneter 1:8 abgeführt. Kann das ‚Demokratieverständnis‘ symbolträchtiger noch sein?! Fehlte nur noch die geladene Presse dabei... Die Krönung ist die Berichterstattung, die von „einzelnen Festsetzungen“ sprach. Es fällt ungemein schwer, auch nur noch einen Funken Respekt vor diesen ReGIERungsdienern aufzubringen. Denn „Diener des Volkes“ sind sie schon lange nicht mehr.

Zur Symbolik in den Mainstreammedien, die ich aufgrund der wortwörtlich gleichgeschalteten Berichterstattung nicht mehr einzeln benennen muss: „Andere Teilnehmer schwenkten Fahnen mit der Friedenstaube. Auch das Peace-Zeichen war mehrfach zu sehen.“ – Ja, wie kann man denn so etwas wagen; das grenzt ja schon fast an Hochverrat.

Abgesehen davon, dass die Zahl der Gegendemonstranten nachlässt – ich selbst habe kaum welche gesehen, außer einem, der sehr symbolträchtig einen Hut mit lauter Spritzen aufhatte, also ins Hirn gepikst: Der Booster wirkt scheinbar wirklich, ein neues Narrativ über Demokratiegefährder muss schnell her, sonst erstarkt die Friedensbewegung womöglich noch, hoffe ich darauf, dass auch sie mehr Wasser trinken (sie bekommen es ja wohl noch), an die frische Luft gehen, denn noch immer treten sie maskiert für „ihre“ Demokratie auf, um ihre argumentationslosen Zurufe gedanklich überarbeiten zu können. Bevor es zu spät ist!

BZ u.a.: „Gegendemonstranten zeigten Plakate, auf denen ‚Rassismus ist keine Alternative‘ oder ‚Kein Platz für rechte Propaganda‘ stand. Eine Rednerin bezeichnete die Thesen der Querdenker als ‚antiwissenschaftlichen fundamentalistischen Quatsch‘ und forderte mehr Einsatz für Menschen, die an Long-Covid erkrankt sind.“

Tatsächlich wäre es hilfreich, wenn ‚Argumente‘ wie „Quatsch“ mit Fakten unterlegt würden, gern basierend auf den nun vorliegenden RKI-Files. Das Wort „Quatsch“ würde sich auflösen wie auch das Narrativ der helfenden, Ansteckung vermeidenden, nebenwirkungsfreien ‚Impfung‘, Long Covid statt Post Vac etc.

Mit ein wenig mehr Interesse an der fachlichen Auseinandersetzung anstelle von Framing wäre es den umstrittenen Gegendemonstranten schon lange

aufgefallen, dass die Forderungen der („Quer“-)Denkenden ebenso die Unterstützung der unter den sogenannten Long-Covid-Schäden, besser ja wohl unter Post-Vac-Schäden Leidenden, beinhalten. Gesprächsangebote bieten die Demonstrationen und Spaziergänge seit vier Jahren. Die Plakate sind auch extra in einfacher Sprache gehalten. So sollte das mit dem Lesen doch klappen. Ich würde mich freuen, wenn das verstanden würde, bevor es hier knallt und die Kiewetterers dieses Landes ihre Kinder (denn zum klaren Verständnis: unsere werden es definitiv nicht sein!) auf den Altar der Rüstungsindustrie werfen.

Ich habe viel Kraft aus Berlin mit nach Köln nehmen können und danke allen Teilnehmern und Fried(ens)liebenden von Herzen für diesen schönen Tag.

Susanne Fischer

Kinderarmes Deutschland

Kinder sind die Zukunft jedes Staates. Deshalb sollte der Staat Bedingungen schaffen, dass genügend Kinder geboren werden und deren Erziehung und Ausbildung als eine gesellschaftliche Aufgabe ansehen.

Für eine gleichbleibende Populationsentwicklung müssten in Deutschland durchschnittlich mindestens 2,2 Kinder pro Frau geboren werden. In den letzten 50 Jahren lag die sog. Reproduktionsrate/Fertilitätsrate kontinuierlich unter 2; in den Jahren 2021 bis 2023 sank sie von 1,57 auf 1,36, bei deutschen Müttern sogar auf 1,26. Gründe dafür dürften sein:

- Kinder sind im „besten Deutschland aller Zeiten“ ein Armutsrisiko.
- Fast jedes 4. Kind (23,9 %) lebt in Armut (14,2 Mill. Deutsche sind seit 2022 von Armut betroffen, 1,6 Millionen müssen die Tafel aufsuchen).
- Bei Alleinerziehenden liegt die Armutsquote bei 43,2 %.
- Jeder 4. Deutsche kann sich nicht einmal einen einwöchigen Urlaub leisten.
- Die (tatsächliche Hyper-) Inflation verschärft die Armut.

Sollte sich trotzdem ein Kinderwunsch einstellen, so wäre folgendes zu bedenken:

- Im Jahr 2023 fehlten in Deutschland 910.000 Sozialwohnungen, davon 130.000 in Berlin – Tendenz steigend mit fatalen Auswirkungen auf die Miethöhe.
- 2023 fehlten in Deutschland 400.000 Kita-Plätze, davon 17.000 in Berlin. In den Kitas und im Kindergarten findet zurzeit eine „frühkindliche Bildung“ im Sinne von Sexualität und sexueller Orientierung statt („Transecke“)!)
- Aktuell fehlen in Berlin 27.000 Schulplätze und Schulpersonal für einen qualitativ hochwertigen Unterricht.
- Das Bildungssystem ist in der größten Krise seit Bestehen der Bundesrepublik (Aussage des Arche-Gründers Siggelkow im rbb am 19.02.24). Das Berliner Schulsystem versagt. Im letzten Schuljahr

schafften bei den Drittklässlern 43% nicht die Mindestanforderungen im Fach Deutsch, im Fach Mathematik waren es sogar 46%. Bei den Achtklässlern (von Integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen) erfüllten 74% nicht die Mindestanforderungen im Fach Mathematik, im Lesetest waren es 62%, die es nicht schafften.

- Aktuell warten 2.000 neu zugewanderte Kinder auf einen Schulplatz in Berlin, und die Zahl wird weiter ansteigen.

- Die Gewalt an Schulen nimmt stetig zu. In Berlin erfolgen 5 Polizeieinsätze pro Tag.

- Immer mehr Lehrer suchen sich eine andere Arbeit. Wahrscheinlich sind sie überfordert mit der zunehmenden Gewalt und dem zu vermittelnden Lehrstoff (z.B. Gendern, Geschlechtervielfalt, wahnwitzige Ernährungsvorstellungen, Kriegspropaganda, Integration von Flüchtlingskindern)? Auch der marode Zustand vieler Schulgebäude dürfte ihre Entscheidung beeinflussen.

- In den nächsten Jahren werden 150.000 Lehrkräfte fehlen (rbb 26.03.24), allein in Berlin werden es 2029/30 ca. 16.000 sein!

- Es fehlen für die Jugend sinnvolle, bezahlbare Freizeitangebote. Gewaltverherrlichung in den Medien und Internet-Kriminalität beherbergen ein hohes Risikopotential.

Bei aktuellen Staatsschulden von 2,5 Billionen Euro ist eine finanzielle staatliche Unterstützung für Eltern und eine Verbesserung der Bildungssituation auch zukünftig kaum zu erwarten. In Anbetracht dieser Misere muss es ausgesprochen befremdlich wirken, dass viele Milliarden Euro für Militär (100 Mrd. „Sondervermögen“), Entwicklungshilfe (60 Mrd.), Ukraine-Krieg (8 bis 10 Mrd. von Deutschland, 50 Mrd. von der EU) und Flüchtlinge (allein in Berlin 2.761.333 Euro/Tag!) geplant bzw. ausgegeben werden. 2,6 Millionen Nicht-Deutsche bekommen das Bürgergeld, darunter 900.000 Araber und 1,3 Millionen Ukrainer. T. Sarrazin, einst Finanzsenator von Berlin, brachte 2010 sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ heraus, in dem er auf die Gefahren einer ausufernden Immigration hinwies. Dafür wurde er von seiner Partei (SPD) gemäßregelt. Hat er geirrt? Politische Traumtänzer glauben, dass durch die Zuwanderung von Asylbewerbern der Mangel an Fachkräften zu beheben ist. Deutsche Politiker reisen durch die Welt (z.B. nach Mexiko, Brasilien, Indien, Slowenien), um Fachkräfte nach Deutschland zu locken. Glauben diese Politiker wirklich, dass echte Fachkräfte ihrem Angebot folgen? Deutschland ist infolge seiner verhängnisvollen Sozial-, Wirtschafts- und Kriegspolitik kein attraktives Land mehr. Wenn trotzdem jemand kommt, sollte er wenigstens integrationsfähig und -willig sein. Studenten geben zu rund 17% an, nach Studienende ins Ausland gehen zu wollen. Bereits im Jahr 2022 haben 100.000 qualifizierte Jugendliche Deutschland verlassen. Wahrscheinlich

haben sie die Nase voll vom „Grünismus“, vielleicht auch von der geplanten Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland?! Wer sich unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen dazu entschließt, Kinder in die Welt zu setzen, verdient Anerkennung und Bewunderung.

Fazit: Deutschland ist kein kinderfreundliches Land. In einer Diktatur des Geldes „rechnen“ sich Kinder nicht. Ein Land, das nicht bereit ist, in die Zukunft seiner Kinder zu investieren, hat selbst keine Zukunft! Es schafft sich ab!

PS: Die ständige Kriegsrhetorik der Altparteien beweist, dass diese nicht die richtigen Lehren aus der deutschen Geschichte ziehen wollen. Stattdessen folgen sie untertänig den Forderungen unserer amerikanischen Freunde und denen der Rüstungskonzerne – sogar eine staatliche Beteiligung wird erwogen und von Rheinmetall freudig begrüßt! Zu der von der Bundesregierung angekündigten Stationierung amerikanischer Marschflugkörper/Raketen äußerte sich das SPD-Präsidium am 12.08.2024 wie folgt: „Als SPD übernehmen wir die Verantwortung dafür, dass kein Kind, das heute in Deutschland geboren wird, wieder Krieg erleben muss. Die Vereinbarung der SPD-geführten Bundesregierung mit der US-Administration, ab 2026 US-amerikanische Raketen mit größerer Reichweite in Deutschland zu stationieren, ist dafür ein wichtiger Baustein.“ Jeder SPD-Wähler oder SPD-Sympathisant sollte begreifen, dass Deutschland im Falle einer Eskalation immer mehr zum Zielgebiet wird. Glücklicherweise lehnen 74% der Ostdeutschen und (leider nur) 49% der Westdeutschen eine solche Stationierung ab, was aber die ehemalige Volkspartei SPD offensichtlich nicht interessiert. Die Zeichen stehen klar auf Krieg, durch den dann Deutschland auf andere Weise und endgültig abgeschafft wird. Wer also etwas für die Zukunft seiner Kinder und Deutschlands tun will, der sollte den Kriegstreibern den Krieg erklären! Bei den nächsten Wahlen kann mit demokratischen Mitteln zwischen Krieg und Frieden entschieden werden. „Lasst das Licht des Friedens scheinen, dass nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint.“ (DDR-Hymne, aus der 2. Strophe).

Carpe diem! **Dr. H.-J. Graubaum**

SPD = Niedergang und Krieg

Sehr geehrter Herr Hauke, bei allem Entsetzen über die politische Entwicklung hierzulande hält der Alltag immer wieder auch heitere Momente bereit: Die SPD plakatiert im Landtagswahlkampf „gegen Hass und Hetze“. Meint sie damit sich selbst? Die SPD-Chefin Esken etwa, die Andersdenkende volksverhetzend als „Covidioten“ beleidigte oder den ehemaligen SPD-Chef Gabriel, der friedlich protestierende Bürger als „Pack“ titulierte? Oder meint sie ihre billigen Kampagnen „gegen rechts“, bei denen sie uninformierte Bürger wegen eines privaten Gesprächskreises zu Demonstrationen aufhetzte, weil dort angeblich „Deportationen“ geplant worden seien – was, inzwischen mehrfach gerichtlich bestätigt – von regierungsfinanzierten „Correctiv“-Propagandisten frei erfunden worden war? Solche Plä-

Grundgesetz Artikel 5 (1)

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“
Jeder hat das Recht, einen Leserbrief zu schreiben: info@hauke-verlag.de

ne gab es auf besagtem Treffen nämlich nicht, bei der SPD hingegen schon. Im Herbst 2023 – schon vor dem „Potsdamer Geheimtreffen“ – forderte Scholz die beschleunigte Rückführung (Deportation) von Einwanderern, natürlich ohne dass dies auch geschieht, und bereits 2020 forderte der SPD-Politiker Aziz Bozkurt öffentlich, Deutsche, die mit dem Corona-Regime nicht einverstanden waren, zu deportieren: „...egal wohin, einfach raus aus meinem Land!“. Er meinte deutsche Bürger mit deutschem Pass. Für diese veritable Volksverhetzung wurde der SPD-Genosse kurze Zeit später (2023) zum hochbezahlten Staatssekretär in Berlin befördert. Und was ist eigentlich mit dem Lügner Lauterbach, der in krasser Weise gegen „Ungeimpfte“ und Kinder hetzte, was mit Klingbeil, der – wer glaubt Klingbeil eigentlich zu sein? – die Brandt'sche Friedenspolitik kurzerhand für Unsinn erklärte und Panzer gen Osten rollen lassen will? Wenn die SPD ihren Wahlspruch ernst meint, hätte sie wohl zuerst bei sich selbst alle Hände voll zu tun.

Herr Woidke möchte im September wieder SPD-Ministerpräsident von Brandenburg werden. Das kann ich gut verstehen. Der Job wird hoch bezahlt und schmeichelt dem Ego. In menschenleeren Postwurfsendungen wirbt er mit Fotos, die ihn als Kind zeigen. Kindliche Unschuld verfängt bekanntlich immer. Ob er heute immer noch so unschuldig ist, darf bezweifelt werden. Woidke ist seit mehr als einem Jahrzehnt als Ministerpräsident und noch viel länger als hoher SPD-Funktionär mitverantwortlich für das, was in diesem Land, nicht nur in Brandenburg, geschieht. Er war Teil der unsäglichen (und verfassungswidrigen) „Ministerpräsidentenkonferenz“, die maßgeblich den durch keine Wissenschaft begründeten Terror, all die Verfassungsbrüche der Corona-Jahre zu verantworten hat. Die Deutschen – auch die in Brandenburg – mussten diese Willkür dank SPD und Lauterbach noch ein ganzes Jahr länger ertragen als die meisten anderen Europäer – und volle vier Jahre länger als Weißrussen und Schweden, die obendrein viel besser durch die „Pandemie“ kamen. Was hat Woidke in diesem Drittel seiner Amtszeit gemacht? Auch er hat gegen protestierende Bürger gehetzt und auch er weigert sich heute, das von ihm mitverursachte Unrecht einzugestehen, von Wiedergutmachung ganz zu schweigen.

Als SPD-Bonze ist Woidke auch voll verantwortlich für viele andere Ungeheuerlichkeiten wie die Verschleuderung unserer Steuergelder für eine beispiellose Aufrüstung (sein SPD-Genosse Pistorius möchte uns gern „kriegstüchtig“ sehen), für die Bewaffnung und Finanzierung des korruptesten Regimes Europas in Kiew, für die beispiel- und wirkungslosen „Sanktionen“ gegen Russland, die wir alle ungefragt bezahlen mussten und müssen: mit jeder Stromrechnung, mit jeder Tankquittung, mit jedem Brot, mit jedem Kubikmeter Gas. Das PCK in Schwedt steht vor dem Aus, genau wie andere Brandenburger Unternehmen, die viel Energie benötigen, angefangen von den Stahlwerken über die Papierfabrik, ebenfalls in Schwedt, dem sterbenden Reifenwerk in Fürstenwalde bis hin zum Glaswerk in Neuenhagen und vielen anderen. Das alles wohlgermerkt nicht

aufgrund von Marktveränderungen, sondern wegen krasser politischer Fehlentscheidungen, die vor allem die SPD zu verantworten hat! Die SPD hat immer zugunsten amerikanischer Milliardäre entschieden, nie für deutsche Arbeiter, Angestellte und Rentner. Für die gab es höchstens Almosen, die nicht einmal die Inflation ausgleichen.

Das SPD-Präsidium lügt, um die wirtschaftliche Zerstörung Deutschlands durch Sanktionen zu rechtfertigen, in einer aktuellen Erklärung: „Seit dem 24. Februar 2022 wissen wir: Der Überfall eines Staates auf einen anderen in Europa ist wieder möglich.“ Der Rest der Welt weiß allerdings ganz genau, dass das bereits am 24. März 1999 passiert ist – in Form des völkerrechtswidrigen Angriffs der NATO auf Jugoslawien, an dem auch deutsche Bomber, entsandt von einer SPD-geführten Bundesregierung, teilnahmen. SPD bedeutet Krieg, damals wie heute.

Wo war Woidke die ganze Zeit? Hat er im SPD-Vorstand interveniert oder im mächtigen Bundesrat sein Veto gegen Hochrüstung und Kriegsfinanzierung eingelegt? Hat er wenigstens gegen die ungeheuerliche Stationierung amerikanischer Atomraketen, bei deren Einsatz Deutschland nicht einmal ein Mitspracherecht hat, durch SPD-Kanzler Scholz protestiert? Desjenigen Scholz, der über die Nordstream-Sprengung und somit die Zerstörung unserer wirtschaftlichen Basis vorab (!) informiert war ohne etwas zu unternehmen, der sich bis heute weigert, auf diesen größten Terrorakt der Nachkriegsgeschichte, der eine Kriegserklärung an Deutschland darstellt, irgendwie zu reagieren, aber stattdessen die Kiewer Terroristen und ihre Anstifter bzw. Mittäter in Washington und Warschau hofiert und ihnen immer weitere Steuermilliarden überweist. Hat Woidke protestiert oder wenigstens Aufklärung verlangt? Hat er Aufklärung über die Cum-ex und Wirecard-Verstrickungen seines SPD-Genossen Scholz gefordert? Hat er den Schulschandal von Scholz' Ehefrau, immerhin „Bildungsministerin“ in Brandenburg, aufgeklärt? Kritisiert er wenigstens seine Brandenburger SPD-Genossin Geywitz, die als „Bundesbauministerin“ den totalen Zusammenbruch der Bauwirtschaft und mit SPD-üblich gebrochenen Wahlversprechen unbeschreibliche Wohnungsnot zu verantworten hat? Hat er sich gegen die erneute „Wahl“ der unter Korruptionsanklage stehenden Ursula von der Leyen zur EU-Kommissionspräsidentin eingesetzt? Nichts dergleichen. Obwohl unsere Landschaften weit mehr mit Windmühlen und Solarparks zerstört werden als in anderen Bundesländern, haben wir in Brandenburg mit die höchsten Strompreise Deutschlands! Wegen Tesla im Wasserschutzgebiet hat der Wasserverband Rationierungen (!) angekündigt. Die SPD-Regierung tut: nichts. Die versprochenen Verkehrslösungen zur Entlastung der Tesla-Anlieger, z.B. für Erkner, gibt es bis heute nicht.

Dass SPD-„Innenministerin“ Faeser, die aktuell heimliche Wohnungsdurchsuchungen (!) erlauben will, Rechtsbruch auf Rechtsbruch begeht und zuletzt sogar ein Brandenburger Presseergebnis verboten (!) hat, was erst von einem Gericht rückgängig gemacht werden musste, hat Woidke auch nicht gestört. Hat er sich je-

mals schützend vor einen Brandenburger gestellt? Faeser hält diesen krassen Verfassungsbruch für einen „ganz normale[n] Vorgang“ – Woidke offenbar auch. Er wirbt mit „Sicherheit“, aber in Woltersdorf, das mehr als 8.500 Einwohner hat, Schöneiche mit über 13.000 und anderswo, wo sich die Einbrüche häufen, gibt es nicht einmal einen ständigen Polizeiposten.

Fragen Sie sich doch einmal ganz persönlich, wie sich Ihr Leben unter Woidke und der SPD in den letzten Jahren verbessert hat! Sie werden vermutlich nichts finden. Falls doch, lassen Sie es mich unbedingt wissen! Und bitte erzählen Sie mir nicht „es hätte ja alles noch schlimmer kommen können.“ Stimmt. Mit einer vernünftigen Politik könnte es allerdings auch viel, viel besser sein. Allein das ist der Maßstab. Mit dem „kleineren Übel“, ob es nun Woidke oder anders heißt, fährt man immer schlecht! Denn auch wer das kleinere Übel wählt, wählt immer noch – das Übel. Thüringer und Sachsen werden ihre unfähigen Herrscher voraussichtlich abschütteln. Die Brandenburger werden hoffentlich nicht dümmer sein.

Woidke, der sich nun mit biederem Kinderfotos in Szene setzt, hat unserem Staat allgemein und dem Land Brandenburg und seinen Bürgern ganz speziell unermesslichen Schaden zugefügt, indem er zuerst die GroKo und nun die verantwortungslose „Ampel“ in Berlin getragen und stabilisiert hat. Er hat den ganzen Irrsinn als braver Parteisoldat mitgemacht, klaglos, die ganze Zeit, zu seinem Karrierevorteil. Das möchte er nun für weitere fünf Jahre tun. Immerhin verzichtet er im Wahlkampf auf Scholz. Das würde ihn nämlich Stimmen kosten. Er weiß also ganz genau, wie sehr sich seine SPD an Deutschland und Brandenburg versündigt hat – und möchte trotzdem nicht gehen. Wer SPD wählt, wählt Niedergang und Krieg. Das sollte uns stets bewusst sein.

Blieben Sie bei Verstand,

Dr. H. Demanowski

Die Brandmauer steht!

Die Brandmauer gegen die AfD hat sich am 15.08.2024 in der Stadtverordnetenversammlung Müncheberg auf das Beste bewährt!

In Zusammenarbeit von Linken, SPD, Ortsteile für Müncheberg in der Liaison mit der Grünen Stadtverordneten Remmele und in guter Übereinstimmung mit Frau Papke von „Die Partei“ gelang es der AfD heute nicht, den Vorsitz der Stadtverordnetenversammlung, einen der beiden Stellvertreter des Stadtverordnetenvorstehers oder die Mitgliedschaft im Seniorenbeirat der Stadt Müncheberg zu erringen.

Und dieses trotz des Wahlsieges in der Kommunalwahl.

Auch die Ausschüsse, die die Spiegelbildlichkeit der Sitze in der Stadtverordnetenversammlung wiedergeben sollen, wurden in enger Zusammenarbeit der oben genannten Parteien nur mit je einem Ausschussmitglied jeder Fraktion besetzt, obwohl das die Brandenburger Kommunalverfassung anders sieht!

Na, das macht doch nichts, Hauptsache die Brandmauer hat gehalten! Und alles

zum Wohle von Müncheberg!

Und wenn Sie glauben, dass ich den Drang hätte, in eine gute Position zu kommen, dann haben Sie sich in mir getäuscht. Schließlich bekomme ich über 800 Euro Rente und bin alt. Die Folgen dieser verfehlten Politik von CDU, CSU, FDP, Linke, Bündnis 90/Grüne können mich nicht mehr sehr lebhaft tangieren. Darunter werden Ihre Kinder, Ihre Enkelkinder und die Generationen danach leiden, wenn Deutschland nämlich im Eimer ist durch diese Parteienklängelei.

Deshalb fülle ich voller Begeisterung mein Mandat als Fraktionsvorsitzender der AfD aus, so wie es meine Wähler von mir erwarten dürfen. **Wolfgang Prasser**

Schwerter zu Pflugscharen!

Zum Interview mit Markus Meckel in der Berliner Zeitung vom 15.08.2024:

Absage an die Waffenforderung von Markus Meckel im Namen der DDR-Bürgerbewegung!

Sehr geehrter Herr Markus Meckel, zu den in Ihrem Interview getroffenen Aussagen über kommunistische und sozialistische Ideen als auch zu Ihrer Forderung für mehr deutsche Waffen in die Ukraine, erinnere ich daran, dass die DDR-Bürgerrechtler sich zum überwiegenden Teil für die Friedensbewahrung und Völkerverständigung, unabhängig von der Staatsverfassung, aussprachen. Widerspiegelung dessen ist die Tatsache, dass aktuell über 70% der Ostdeutschen deutschen Kriegswaffen in die Ukraine ablehnen und stattdessen Verhandlungslösungen auf dem Wege der Diplomatie fordern.

Die historischen Wurzeln der Absage jeglichen deutschen Säbelrasselns lassen sich in der Verfassung des Runden Tisches vom April 1990, ausgearbeitet von Bürgerrechtlern vom Frauenverband, FDGB, der Vereinigten Linken Bund Demokratischer Aufbau, Bauernverband e.V. der DDR, Neues Forum, finden.

In dieser DDR-Übergangs-Verfassung ist das Bekenntnis des Ziels der Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung, welche den 2. Weltkrieg in Deutschland geschaffene Lage auf der Grundlage der Aussöhnung der Völker, die von den Deutschen unterdrückt und verfolgt wurden, verankert. Des Weiteren ist im Artikel 43 festgelegt, dass die Staatsflagge der DDR die Farben schwarz-rot-gold mit dem Wappen des Mottos „Schwerter zu Pflugscharen“ trägt.

Die Runde-Tisch-Verfassung ist sowohl von westdeutscher Seite als auch von Vertretern der DDR-Bürgerbewegung, die sich als westdeutsche Steigbügelhalter verstanden, abgewiegt worden. Ein führender Vertreter dieser DDR-Übergangsverfassung, Herr Wolfgang Ullmann (Demokratie jetzt) stellte 1993 dazu fest: „All das wurzelt in der Sprache der Friedlichen Revolution und ihrem eingangs zitierten Kernsatz „Wir sind das Volk!“

Ullmann fährt fort: „Seine Ablehnung (gemeint ist der Verfassungsentwurf) kam aus dem gleichen politischen Kalkül, das nach der Vereinigung alles tat, um eine öffentliche Diskussion über die im Grundgesetz vorgesehene Anwendung des Artikels 146 im Rahmen des Vereinigungsprozesses zu verhindern.“

(Ullmann, Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches-reelle Chance oder Utopie).

Sehr geehrter Herr Meckel, Sie schlugen vor, das BRD-Grundgesetz zur Verfassung zu erklären. Ich denke, dieses Grundgesetz sollte eine Ergänzung auch hinsichtlich des eindeutigen Bekenntnisses zum Frieden als auch zur Stärkung von Menschen- und Bürgerrechten erfahren. Die Regelung des Art. 132 des Verfassungsentwurfes lautet: „...dass die in dieser Verfassung garantierten Menschen- und Bürgerrechte auf dem gegenwärtigen Hoheitsgebiet der DDR auch dann fortgelten, wenn sie Rechte begründen, die im Grundgesetz nicht enthalten sind.“ Diese Rechte sind eng mit dem Sozialismus-Begriff verbunden. Als Erinnerung daran, verweise ich abschließend auf das Bekenntnis von Thomas Mann zum Sozialismus, das er wie folgt formulierte: „Das Bekenntnis zur sozialen Republik und zur Überzeugung, dass der geistige Mensch bürgerlicher Herkunft heute auf die Seite des Arbeiters und der sozialen Demokratie gehört.“

Hildegard Vera Kaethner

Die Ungereimtheiten beim Thema NSU

Sehr geehrter Herr Hauke, am 9.12.2015 fand der 249. Verhandlungstag des sogenannten „NSU-Prozesses“ statt. Hauptangeklagte war die mutmaßliche Geheimdienstagentin Beate Zschäpe, die angeblich schon über vier Jahre in Untersuchungshaft zugebracht hatte. (Bezüglich der Agententätigkeit sei auf den „Focus-Online“-Beitrag „Beate Zschäpe soll doch V-Frau gewesen sein“ verwiesen.) Bezüglich der angeblichen Inhaftierung ist der „Welt online“-Beitrag „Heilbronner Polizistenmord gilt als aufgeklärt“ interessant. Ihm ist eine Bildgalerie beigefügt. Auf dem 27. Bild soll die Zschäpe zu sehen sein. Wer diese Frau sieht, frage sich, ob er sie als die Zschäpe erkennen würde, sofern die Frau zufällig an ihm vorüber liefe.)

Der Zschäpe wurde u. a. zehnfacher Mord sowie Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung namens „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) zur Last gelegt – bis dahin war ihr kein Wort zu ihrer Verteidigung über die Lippen gekommen. Nun aber hatte sie geständige Einlassungen verlesen lassen. Danach sollen von den verstorbenen Freunden der Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, wirklich zehn Morde verübt worden sein und die Männer hätten auch den NSU gegründet. Nur sei sie, die Zschäpe, weder an den Morden beteiligt noch ein NSU-Mitglied gewesen. Was sie sich vorzuwerfen habe, sei die von ihr am Nachmittag des 4.11.2011 verübte Brandstiftung in ihrer Wohnung, sowie der Versand von rund einem Dutzend Umschlägen, die jeweils eine DVD mit darauf abgespeichertem NSU-Bekennervideo enthalten hätten. Die Umschläge wären von ihr an dem gleichen Nachmittag in einen Briefkasten geworfen worden, der sich am Zaun vor ihrem Haus befunden hatte. Soweit die Zschäpe.

Anderthalb Jahre zuvor, am 97. Verhandlungstag, hatten zwei Postbedienstete folgende Angaben zu dem von ihnen vorgefundenen Inhalt des bewussten

Briefkastens gemacht: „Das seien vielleicht drei bis vier Briefsendungen, kleine Briefe, Postkartengröße, gewesen“ (Vgl.: Internetseiten „NSU Watch“, „Protokoll 97. Verhandlungstag“). Nun wäre es zwar leicht denkbar, dass sich die Postmitarbeiter falsch an den von ihnen geleerten Inhalt des Briefkastens erinnern hätten.

Nur hier war dies insofern schwer vorstellbar, als es mit dem Kasten eine besondere Bewandnis hatte. Der Zaun, an dem der Kasten befestigt war, hatte Staatsbedienstete gestört, als von ihnen noch am 4.11.2011 damit begonnen worden war, das durch den Wohnungsbrand in Mitleidenschaft gezogene Haus mit schwerer Technik teilweise einzureißen. Daher hatten sie den Zaun beiseitigen wollen und hierzu wurde der Briefkasten entfernt und Vertreter des Eigentümers übergeben. Derartige geschieht selten und so darf angenommen werden, dass sich die o. g. Postmitarbeiter auch viel später noch richtig daran hatten erinnern können, was von ihnen in dem Kasten vorgefunden worden war. Außerdem sprach für das Zutreffen ihrer Erinnerung, dass keiner der Umschläge den jeweiligen Adressaten vor dem 9.11. erreicht hatte. Denn dies wäre beinahe unerklärlich, wenn die Zschäpe die Umschläge wirklich am frühen Nachmittag des 4.11. versandt hätte. Somit war die Zschäpe so gut wie sicher überführt, bei einem der wichtigsten Punkte ihrer Einlassungen gelogen zu haben.

Aber nicht nur das. Wem damals noch der am 29.11.2012 erschienene „Berliner Zeitung“-Beitrag „Polizei übersah DVDs der Terrorzelle“ erinnerlich war, der konnte meinen, dass Mundlos und Böhnhardt bei ihren Lebzeiten nie etwas mit den Bekenner-DVDs zu schaffen hatten. Denn nachlesbar war in dem Beitrag eine Schilderung der Entdeckung weiterer Bekenner-DVDs, die sich eigentlich nur dann nachvollziehen ließe, wenn das Vorliegen einer Beweismittel-

unterschiebung in Betracht gezogen wurde. Die Schilderung bezog sich auf jenen Teil des Nachlasses von Mundlos und Böhnhardt, der in einem in Brand gesetzten Wohnmobil gefunden worden war. Zufolge der Schilderung hätten Thüringer Polizisten einen in dem Wohnmobil entdeckten Rucksack „nicht gründlich genug untersucht“. Sie fanden zwar in ihm manch aufregende Sachen, aber keine DVDs. „Erst einen knappen Monat später“ soll es Beamten des BKA „bei einer Nachuntersuchung“ des Rucksackes gelungen sein, darin „sechs DVDs“, auf denen jeweils das NSU-Bekennervideo abgespeichert war, sicherzustellen. Wie bemerkt: Bei kritischer Vergegenwärtigung dieser Schilderung sowie des Widerspruches zwischen Aussagen der Zschäpe und zweier Postmitarbeiter, wurde der Verdacht begründbar, dass Mundlos und Böhnhardt nie mit den Bekennervideos in Berührung gekommen waren. Und trotz der somit bestehenden, großen Bedeutung des Widerspruches zwischen Angaben der Zschäpe und der Postmitarbeiter, hatten weder auflagenstarke Zeitungen noch Fernsehkanäle darauf aufmerksam gemacht.

Es verwundert deshalb nicht, dass die Urheberschaft von Mundlos und Böhnhardt an den Videos von einfachen Bürgern kaum in Zweifel gezogen wird. Und mir fällt es leicht, dem Zitat zuzustimmen, das von Ihnen, werter Herr Hauke, jüngst verwandt wurde: „Was nicht in der Zeitung stand, hat auch nicht stattgefunden.“ Nun gut. Immerhin geben Sie ja auch Zeitungen heraus und noch ist nicht aller Tage Abend.

Vielleicht gelingt es Ihnen, durch Ihren unermüdlichen Einsatz für die Aufklärung der in der Corona-Zeit mutmaßlich geschehenen Staatsverbrechen, im Hinblick auf solche Vorgänge eine Wende zum Guten einzuleiten. Unabdingbar wäre hierfür m. E. eine erhebliche Vergrößerung der Leserschaft Ihrer Zeitun-

gen. Und diese kann vielleicht bewirkt werden, wenn neu hinzu gewonnenes Publikum über längere Zeit hinweg immer wieder den Eindruck bestätigt findet, dass in Ihren Zeitungen stets ernsthaft und wahrheitsgetreu berichtet wird. Es gilt also, alles zu unterlassen, was geeignet ist, der Festigung dieses Eindruckes entgegenzuwirken.

Und daher bitte ich Sie, Ihrem Gastautor Thomas Moser, welcher in der vergangenen Ausgabe (Beitrag: „Auf Kosten der Wahrheit“) behauptet hatte, dass „in Heilbronn“ ein „Polizistenmord des NSU“ geschehen sei, ein Angebot von mir zu unterbreiten. Ich würde ihm gerne bei der Beschaffung des Buches „Betrachtungen zu dem Mordfall Kiesewetter“ behilflich sein. Möge Herr Moser dann das Buch lesen und entweder versuchen, sein Festhalten an der o.g. Behauptung zu rechtfertigen oder die Behauptung zurückzunehmen.

Alexander Luft

Schluss mit Musk

Er hat total verspielt. Musk hat fertig und im Ministerpräsidenten Brandenburgs seinen „Bruder“. Hat er doch, wie in den Akten des Landtages zu lesen ist, diesem Typ geschrieben: „dass er alles von uns haben kann...“! Was denn noch alles? Er hat unser Wasser, unseren Wald, unsere Straßen, unsere Infrastruktur und unsere Heimat kaputt gemacht. Alles, Dank seinem „Bruder“, dem Brandenburger Ministerpräsidenten. Danke, SPD! Überhaupt, die gesamte SPD Brandenburgs und die komplette Brandenburger Regierung haben sich zum Daddel dieses Milliardärs gemacht. Man erinnere sich an alle, die die verdammte Gigafactory hochlobten. Ja, schrie der Wirtschaftsminister im Januar 2020, „wir legen eine 80 Kilometer lange Wasserleitung zur Fabrik“. Die hat er bis heute nicht planen lassen. Woher sollte das Wasser kommen? Alles Spinne! Und das LfU und die UWB können noch immer in

Rechtssicher nach Ungarn auswandern: Bewertung und Verkauf Ihrer Immobilie in Deutschland und rechtssicherer Kauf Ihrer Immobilie in Ungarn um jetzt oder später auszuwandern.



Unsere erfahrenen deutschen und ungarischen Experten beraten Sie gerne streng vertraulich über Ihre Möglichkeiten.

Wir kümmern uns um den rechtssicheren Erwerb Ihres Hauses in Ungarn durch einen ungarischen Rechtsanwalt mit Fachrichtung Immobilienrecht. Beratung und Unterstützung in allen ungarischen Rechtsfragen von der Dauerwohnkarte, beim Wechsel der Krankenkasse usw. Unsere Partner vor Ort in Ungarn helfen Ihnen gerne weiter.

Mit unserer über 30-jährigen Erfahrung im In- und Ausland bewerten und verkaufen wir auch Ihre Immobilie in Deutschland und sorgen dafür, dass Sie Ihre Wunschimmobilie in Ungarn rechtssicher erwerben können.



Gerne führen wir mit Ihnen ein kostenfreies Beratungsgespräch und informieren Sie über Ihre Möglichkeiten.



Weydingerstr. 14-16, 10178 Berlin
Telefon 030/24009830
www.langerimmobilien.de

ihrer Beschränktheit keine Grundwasser-gefahren ausmachen. Die Kumpaneifabrik gibt sich weiter alle Mühe, ihre Umweltverbrechen ständig zu vertuschen, insbesondere auch die sicher giftige Abluft. Weil der SPD-Landrat das gut findet, hat er jetzt eine Anzeige am Hals. Man kann gespannt sein, wie er da rauskommt. Die Beweise sind eindeutig. Besser er schmeißt gleich hin. Er soll seinen Nächsten Wassergrundstücke zugeschoben haben. Aber Korruption in der SPD ist kein Problem, oder? Und die gemeinen Gemeindevertreter in Grünheide, die immer für den Ami und seine Pläne stimmten, stehen jetzt auch als pure Handlanger da!

Der Umweltminister fand die Abholzung des Waldes in Grünheide gut. Was ist das für eine Type? Weg damit! Nun, Trumps Zugang zu „X“ hat Musk wieder freigeschaltet. Trump kündigte gleich ein großes Interview mit ihm an, ein Live-Gespräch. Das hat man sehen können und merkte sofort, wie bescheuert beide sind und wie sie sich beide als Faschisten outeten. Musk schwafelte und brachte keinen richtigen Satz zustande. Es ging nur mit „äh, äh“. Nachdem sie sich beide so ereifert hatten, bot Trump nun bei seinem Wahlsieg Musk ein Amt an und der fühlt sich geehrt. Das muss man sich mal klarmachen. Da kommt der Milliardär hierher und sorgt nicht für Arbeitssicherheit in der Bude.

Wozu werden die Autos überhaupt gebaut? In Deutschland und in der EU lassen sie sich kaum noch verkaufen. Und überhaupt muss man sich mal die Tesla-Geschichte ansehen. Ständig ist er in den USA mit seiner Fabrik umgezogen. Wie will man denn mit dieser Methode eine Autofabrik führen? Aber diese Methode könnte uns in Grünheide nützen. Er reißt alles in Grünheide ab und geht irgendwo anders hin, vielleicht in die Ukraine oder nach Aserbaidschan. Dort gibt es noch entgegenkommendere Regierungen als in Potsdam. Das soll er nutzen.

Mal ehrlich, wer hat Gefallen an dieser hässlichen Blechkiste Tesla, einem Computer auf Rädern. Man will morgens zur Arbeit fahren, dann macht der Blechcomputer eine Sperre, da das Update nicht funktioniert. Oder man muss an einer Ampel halten und das Ding fängt an zu brennen. So stellt sich niemand ein Auto für eine Habeck-Verkehrswende vor. Noch schlimmer ist es, wenn die Blechkiste einen Unfall verursacht, weil der Computer sich irgendwie verhedderte. Und die vielen Kameras in den Kisten, alles wird ringsherum ständig überwacht, auch beim Parken und die Daten gehen in die USA. Big Brother lässt grüßen. Das soll die Vorstufe vom autonomen Fahren herbeiführen.

Verschiedene deutsche Firmen haben sich schon von diesen so genannten Autos verabschiedet.

Nun also tobt er sich als Medienmogul aus. Dabei ist seine Verlogenheit bekannt. Diese postet er nun ständig auf „X“, seinem Sprachrohr mit Schwachsinn, Lügen, Desinformation, geistiger Verwirrung, sozialer Inkompetenz, Geldgier und sexuelle Eskapaden aus. Seine transgender Tochter Vivian Jenna Wilson (20) nennt ihn Serien-Ehebrecher. Ein Vater war er ihr in Abwesenheit und Gefühlskälte nie, sagt sie. Wer ihm nicht gefällt und nicht dient, wird verklagt, beispielsweise seine Werbekunden auf X, die sich zurückzogen oder die KI-Firma OpenAI. Das sind seine normalen Umgangsformen. Aber es geht immer noch schlimmer. Die Randalen in London nahm er zum Anlass für den Aufruf zum Bürgerkrieg in England. In USA gibt er weiter



Von Dr. Hans-Georg Maaßen

Die Bundestagsfraktionen von SPD, Grünen, FDP und CDU/CSU sind sich einig, dass sie das Bundesverfassungsgericht vor den „falschen Parteien“ schützen müssen. In einer gemeinsamen Pressekonferenz teilten sie am 24. Juli mit, man wolle 75 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes die „Resilienz des Bundesverfassungsgerichts“ stärken. Dazu müssen sie das Grundgesetz ändern. Dies sei notwendig, denn dadurch solle der „Status des Gerichts als Verfassungsorgan deutlicher ausgeformt“ und die „Unabhängigkeit und Funktionsfähigkeit des Gerichts im Grundgesetz selbst abgesichert werden“.

Was hat diese Koalition von Union und Ampel vor? Zunächst möchte sie Vorschriften im einfachen Bundesrecht über die Richterwahl und die Organisation des Verfassungsgerichts ins Grundgesetz übertragen. Das soll eine mögliche Regierungskoalition „falscher Parteien“ daran hindern, diese Vorschriften zu ändern, denn für die dann nötige Änderung des Grundgesetzes braucht man eine Zweidrittelmehrheit. Es ist also eine Verfassungsänderung für den Fall, dass es nach einer Wahl tatsächlich eine Regierungsmehrheit von Parteien jenseits der Brandmauer gibt, die etwa die Zahl der Senate und die Richterwahl nach ihren Vorstellungen verändern könnte.

Praktisch relevanter ist aber das zweite Regelungsziel: Nach der jetzigen Rechtslage erfolgt die Wahl der Verfassungsrichter mit zwei Dritteln der Stimmen von Bundestag und Bundesrat. Falls nach der Bundestagswahl die „falschen Parteien“ über mehr als ein Drittel der Stimmen verfügen sollten, wären die anderen Parteien gezwungen, mit diesen „Falschen“ zu verhandeln und einen Kompromiss einzugehen. Um das zu verhindern, soll das Grundgesetz geändert werden. Auf eine Richterwahl durch

Desinformationen zum Wahlkampf. Tja, ihr lieben Regierenden in Brandenburg, Pressefreiheit des RBB verhindert ihr, aber ihr legt euch mit dem Teufel ins Bett.

Unsere Heimat habt ihr mit Tesla zerstört für Arbeitsplätze, die hauptsächlich von Eingewanderten ausgefüllt werden. Übrigens: Die Statistik zeigt es auf: Es gibt in Brandenburg zu viele Männer. Das bedeutet, das Gleichgewicht in der Bevölkerung von Männern und Frauen ist gestört. Ja, woran liegt das wohl? CDU-Kanzlerin und die Ampel haben das geschafft und dieser männliche Überschuss sticht sechsmal öfter mit dem Messer zu als Deutsche. Wie man sieht, Einwanderung hat nur Vorteile oder etwa nicht? So, wenn also die Potsdamer und Grünheider Politiker jetzt nicht weiter vor Musk kuscheln, hat Brandenburg eine Milliardenklage am Hals. Aber wir wählen euch am 23. September sowieso ab. Wir Brandenburger Bürger fordern sofort un-

den Bundestag würde künftig verzichtet werden, wenn sich der Bundestag nicht auf einen Kandidaten verständigt. Die Richterwahl erfolgt dann allein durch den Bundesrat.

Die geplante Grundgesetzänderung ist gegen die AfD und ihre möglichen Koalitionspartner, z.B. die WerteUnion gerichtet. Es soll in erster Linie verhindert werden, dass ein erfolgreiches Abschneiden dieser Parteien bei der Bundestagswahl die linke Dominanz im Hohen Haus und beim Bundesverfassungsgericht gefährden könnten.

Bei der beabsichtigten Grundgesetzänderung geht es nicht darum, „falsche Kandidaten“ zu verhindern – denn auch diese würden eine Zweidrittelmehrheit benötigen –, sondern es geht darum, auszuschließen, dass Kompromisse mit den „falschen Parteien“ gemacht werden müssen. Vorgeschieben wird, dass diese Regelung vor einer Blockade der Richterwahl schützen soll. Der wirkliche Grund besteht darin, Gespräche auf Augenhöhe, offene Verhandlungen und demokratische Kompromisse zu blockieren. Die Brandmauer soll um jeden Preis aufrechterhalten werden.

Die beabsichtigte Grundgesetzänderung hätte zur Folge, dass eine AfD-geführte Parlamentsmehrheit über zwei Drittel der Mandate im Bundestag verfügen müsste, um die Richterwahl zu beeinflussen. Solange das nicht möglich ist, kann die Richterwahl über den Bundesrat ohne Rücksicht auf „unerwünschte Parteien“ laufen wie bisher. Ein Weiter so bei der Richterwahl wäre sichergestellt, fast egal, wie die Wähler abstimmen. Denn eines wäre sicher: CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP würden entscheiden.

Die vorgesehene Regelung ist verfassungspolitisch angreifbar. Der Sinn der für die Richterwahl notwendigen Zweidrittelmehrheit besteht darin, dass die Richter nicht nur von der aktuellen Regierungsmehrheit legitimiert sind, sondern von einem breiten Teil des Parlaments und damit mittelbar von der Bevölkerung mitgetragen werden, damit sie überparteilich sind. Würde aber ein größerer Teil der Bevölkerung bei der Richterwahl ausgespart werden, liefe dies dem Konzept der Überparteilichkeit der Richter zuwider. Auch eine Richterwahl allein durch den Bundesrat wäre verfassungspolitisch zweifelhaft, denn der Bundesrat ist als Verfassungsorgan nur eine

sere Heimat zurück von Musk, auch das Bevölkerungsgleichgewicht ist wiederherzustellen!
Dr. R. Heinemann

Fragen zur Briefwahl in Heimen

– Offener Brief an die Betreiber und das Management von Pflege- und Betreuungseinrichtungen im Land Brandenburg zur Teilnahme an Wahlen –

Sehr geehrte Damen und Herren, unter unseren Mitgliedern gibt es immer wieder Diskussionen und Vermutungen, wie die Teilnahme an Wahlen in Pflege- und Betreuungseinrichtungen organisiert wird und welchen Einfluss die Stimmen auf die Ergebnisse der Briefwahl haben. Selbst Personen, die Angehörige in diesen Einrichtungen haben, können kaum Auskunft darüber geben. Zahlreiche Fragen

Versammlung von Landesregierungen mit einem deutlich geringeren Maß an demokratischer Legitimation als der Bundestag.

Wichtiger ist aber etwas ganz anderes: Nach dem Grundgesetz haben alle Parteien die gleichen Rechte. Keine Partei ist gleicher. Dies gilt auch, wenn die Bundesregierung oder der Verfassungsschutz als eine ihrer Behörden eine Partei als extremistisch ansieht. Solange eine Partei nicht verboten ist, dürfen ihr Rechte nicht vorenthalten werden. Aber dies wird seit Jahren mit der AfD gemacht. Das ist nicht nur ein unfaires Foulspiel, es sind nicht nur Regelverstöße und schäbige politische Tricks, sondern es wird die Axt an eine tragende Säule der freiheitlich-demokratischen Grundordnung angelegt: Wer Brandmauern aufbaut, Sprechverbote gegenüber Menschen und nicht verbotenen Parteien verhängt, sie aus politischen Gründen ausgrenzt, ausschließt und benachteiligt, beschädigt unsere freiheitliche Demokratie.

Mit der geplanten Grundgesetzänderung bringen die Kartellparteien – ja, sie verhalten sich wie ein Kartell – eine verfassungsfeindliche Haltung zum Ausdruck, die man so beschreiben kann: Wir sind die guten Parteien, die anderen sind die schlechten, und wir entscheiden, dass solche Parteien niemals Einfluss haben werden.

In einer freiheitlichen Demokratie entscheiden aber nicht die Parteien darüber, wer die „Guten“, wer die „Schlechten“ oder die „Falschen“ sind und wer Politik gestalten darf, sondern das Volk.

Diese Haltung der Kartellparteien lässt aber noch schlimmeres befürchten: Wenn sie unter allen Umständen verhindern wollen, dass gewählte Abgeordnete der „falschen Parteien“ Einfluss auf die Wahl von Richtern haben, ist ihnen auch zuzutrauen, dass sie Wahlergebnisse nicht akzeptieren, dass sie fordern, „Wahlen rückgängig“ zu machen, und dass sie alles unternehmen werden, um eine Politikwende in Deutschland zu verhindern. Das muss man realistisch sehen. Das sollten wir nicht zulassen.

Dr. Hans-Georg Maaßen war von 2012 bis 2018 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Er wurde in den Ruhestand versetzt, nachdem er erklärte, dass es für Hetzjagden auf Ausländer in Chemnitz keinerlei Belege gäbe. Er lehrte an der Freien Universität Berlin Öffentliches Recht und Europarecht und ist Autor eines Grundgesetz-Kommentars. Er ist Bundesvorsitzender der WerteUnion.

stehen im Raum.

- Wie wird die Teilnahme der BewohnerInnen organisiert?
- Wer fordert die Unterlagen für die Briefwahl an?
- Gibt es Wahlveranstaltungen in diesen Einrichtungen?
- Werden die BewohnerInnen bei der Stimmabgabe beraten?
- Wie nehmen Patienten mit Demenz an der Wahl teil?
- Wie werden die Angehörigen einbezogen?

Bitte schaffen Sie Transparenz, um unnötige Diskussionen oder Verdächtigungen zu verhindern. Informationen zur Organisation der Wahlbeteiligung in Ihrer Einrichtung auf Ihrer Website und gegenüber den Angehörigen sind dafür eine Möglichkeit.

Wir danken für Ihr Verständnis.

Manu Hoyer, Verein für Natur und Landschaft in Brandenburg e.V.

Von Solingen darf man seine Wahlentscheidung nicht abhängig machen Warum eigentlich nicht?



Von Michael Hauke

Drei Tote mit durchgeschnittener Kehle, acht zum Teil Schwerstverletzte beim Stadtfest in Solingen, der Täter ist nicht gefasst – und die Polizei weigert sich auch 18 Stunden nach der Tat, eine Beschreibung des Mörders zu liefern. Der „Mann“ läuft zu diesem Zeitpunkt weiter frei herum und stellt eine lebensbedrohliche Gefahr für die Bevölkerung dar. Aber für die deutsche Polizei sind die Persönlichkeitsrechte des Täters und insbesondere die Verschleierung seiner Identität wichtiger als der Schutz der eigenen Bürger. Obwohl durch Zeugenaussagen in den sozialen Netzwerken inzwischen jeder weiß, dass es sich um einen arabisch aussehenden Täter handelt, will die Polizei nichts zum Aussehen des Mörders sagen.* Die Tagesschau nutzt die Gelegenheit und streut das Gerücht, es könne sich um einen fremdenfeindlichen Anschlag handeln. Der direkt aus Solingen ins Tagesschau-Studio zugeschaltete

ARD-Journalist Rupert Wiederwald sagte wörtlich: „War das ein Anschlag, den man verübt hat, weil man beispielsweise vielleicht gegen Ausländer ist?“* Während seines Berichtes über die Blockaden gegen den AfD-Bundestag am 29.06.2024 sagte derselbe ARD-Mann, dass es der Stadt Essen „leider“ (!) nicht gelungen sei, den Parteitag zu verhindern.*

Messerattacken sind in Deutschland inzwischen Alltag, die Tätergruppe in den allermeisten Fällen dieselbe. Vielleicht reicht die Täterbeschreibung „Mann“ deswegen auch schon aus.

Später wird dann eingeräumt, dass der mutmaßliche Täter – wie so oft – ein ausreisepflichtiger Asylbewerber ist. Der Syrer hätte schon im Januar 2023 abgeschoben werden müssen. Bis zuletzt lebt er völlig unbehelligt in einer Asylunterkunft in der Solinger Innenstadt. Von dort sucht er das „Festival der Vielfalt“ auf – ausgerechnet.

Im nur 40 km entfernten Siegen kommt es auf dem dortigen Stadtfest zur gleichen Zeit zu einer Auseinandersetzung zwischen zwei „Männern“. Der eine zückt sein Messer, der andere seine Machete. Das ist kaum noch eine Meldung wert, aber was die Waffen angeht, immerhin auch eine Art der vielgepriesenen „Vielfalt“.

Unmittelbar nach der Solinger Tat gibt es dieselben Reflexe wie immer. Nachdem die auf bestialische Weise begangenen Morde bedauert werden, holen Politik und Medien zum großen Schlag „gegen rechts“ aus. Innenministerin Faeser steht für viele, die sich sofort die AfD vornöpfen:

„Lassen Sie sich nicht beeindrucken von denjenigen, die jetzt Hass säen wollen!“* Wohlbemerkt, es geht nicht um den Hass auf die Deutschen, den ein Asylbewerber im Blutausch ausgelebt hat, sondern um diejenigen, die diese Zustände kritisieren.

Natürlich gibt es auch in Solingen, wie in Mannheim, in Bad Oeynhausen und überall, wo Menschen einem Asylbewerber zum Opfer fallen, anschließend eine Demo gegen rechts – und für noch mehr Vielfalt.

26.113 Messerattacken gab es 2023 in Deutschland. Dieser Wert wird in diesem Jahr noch einmal deutlich übertroffen werden. Messerangriffe gehören inzwischen zum Alltag. Der für Solingen zuständige Wuppertaler Polizeipräsident Markus Röhl bringt die neue Normalität auf den Punkt: „Jeder muss mit sich ausmachen, ob er zu Festivitäten geht, ob er zu Fußballspielen geht, ob er im öffentlichen Personennahverkehr unterwegs ist.“* Jeder ist selbst verantwortlich, wenn er im öffentlichen Raum abgestochen wird, vielleicht sogar ein bisschen selbst schuld?

Nordrhein-Westfalen ist ein CDU-regiertes Land. Ministerpräsident Hendrik Wüst hat nach seinem Amtsantritt die Asylpolitik entscheidend geändert. Ausreisepflichtige Asylbewerber werden in NRW nicht mehr abgeschoben, sondern nach einem halben Jahr direkt in die Kommunen geholt. Dort sollen sich die Illegalen dann integrieren.

Der CDU-Ministerpräsident steht damit gegen in der Tradition seiner Partei.

Fast genau neun Jahre vor dem Solinger Massenmord, am 25. August 2015, hatte Angela Merkel das bis dahin bestehende Asylverfahren komplett beendet und die Grenzen für jeden geöffnet.

Was aus Deutschland seitdem geworden ist, ist allerdings nicht die Sorge von Politik und Medien. Die Sorge ist, dass sich eine Mehrheit der Menschen gegen die offenen Grenzen richten könnte, eventuell sogar in Wahlergebnissen. Und für Wahlen darf das auf keinen Fall „instrumentalisiert“ werden. Ich frage mich allerdings: Warum nicht? Der Bürger hat nur bei Wahlen die Möglichkeit, über solche fürchterlichen Fehlentwicklungen abzustimmen.

Für die Politik ist nach einem Messermord jede Demo gegen rechts deswegen so wichtig. SPD und CDU trennt in dieser Beziehung kein Blatt Papier. Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken sagte, dass man aus dem Anschlag von Solingen „nicht allzu viel lernen kann“. Der Satz klingt vielleicht dummlich oder naiv, aber er strotzt vor Ehrlichkeit. Würde man daraus lernen, dass man Grenzen schützen, vielleicht sogar gänzlich schließen und ausreisepflichtige Asylanten abschieben müsste, bräche die Grundlage der unkontrollierten Masseneinwanderung weg. Man hat aus allen Gewalttaten immer nur eine Lehre gezogen, und die heißt: Wir brauchen mehr Zuwanderung! Warum sollte sich das nun nach Solingen ändern?

*Zu jeder Aussage finden Sie das entsprechende Video auf dem Telegram-Kanal: „Michael Hauke, Verleger“. Link: t.me/michael_hauke

Was die AfD so gefährlich macht

Mit Ausgewogenheit und Objektivität haben ARD und ZDF schon lange nichts mehr zu tun. In vielen Fällen berichten sie völlig faktenbefreit, um das jeweilige Narrativ zu unterstützen. Besonders deutlich wurde es in den Corona-Jahren. Ohne die Lügen der öffentlich-rechtlichen Sender wären all die Maßnahmen nicht möglich gewesen. Beim Klima, bei der Frage von Krieg und Frieden und bei der Zuwanderung: die Einseitigkeit der Öffentlich-Rechtlichen geht ungebremst weiter.

Der jahrzehntelange ARD-Journalist Thomas Moser kam in seinem Gastbeitrag in der vergangenen Ausgabe zu dem Schluss: „Wir erleben ein Wahrhaftigkeitsdesaster, das mit demokratischen Verhältnissen nichts zu tun hat.“

Im aktuellen Wahlkampf haben sich die Anstalten klar positioniert. Sie agieren gegen die AfD, während das BSW in der Regel neutral bis positiv behandelt wird. Teilweise überschneiden sich die Forderungen der beiden Parteien. Kommen sie vom BSW, ist die Reaktion der Medien allerdings eine ganz andere. Die Wagenknecht-Partei wird als koalitionsfähig für SPD und CDU präsentiert. Die AfD wird hingegen bei jeder Gelegenheit stigmatisiert. Wie kommt das?

Zum einen ist das BSW die letzte Chance, die bestehenden Machtverhältnisse bei diesen Wahlen zu retten, weil es die

Brandmauer gegen die AfD aufrechterhält. Andererseits hat die AfD einen festen Punkt in ihrem Wahlprogramm: Kündigung des Rundfunkstaatsvertrages. Das fordert das BSW nicht ansatzweise.

Rein rechtlich kann ein Ministerpräsident mit einer Frist von sechs Monaten zum Jahresende den Saatsvertrag für sein Land kündigen. Das würde bedeuten: alle Bürger in diesem Bundesland müssten ab diesem Zeitpunkt keinen Rundfunkbeitrag mehr bezahlen. Ein AfD-Ministerpräsident wäre der Alptraum für den ÖRR.

Zurzeit erhalten ARD und ZDF rund zehntausend Millionen Euro pro Jahr: zehn Milliarden. Jedes Jahr benötigen sie mehr Geld. Würden die Beitragszahler nur eines Bundeslandes wegfallen, wäre der finanzielle Schaden nicht aufzufangen. Das gesamte System würde kollabieren.

Da ARD und ZDF mit den herrschenden Parteien in einem symbiotischen Verhältnis leben, wäre der Ausfall eines Bundeslandes und der damit verbundene Zusammenbruch des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks gleichbedeutend mit dem Kollaps des deutschen Parteiensystems, das sich auf das Macht- und Propagandainstrument Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk verlassen kann.

Das macht die AfD so gefährlich.

Michael Hauke

Nur noch 36 Exemplare im Verlag verfügbar!

Michael Hauke hat während der Coronazeit drei Jahre lang recherchiert und anhand der offiziellen Zahlen in jedem seiner Leitartikel nachgewiesen, dass es für keine einzige der zerstörerischen Maßnahmen eine belastbare Grundlage gab, dass die „Pandemie“ nie in den Krankenhäusern und Intensivstationen ankam und mithilfe betrügerischer Tests und gefälschter Todeszahlen herbeigelogt wurde.

Gleichzeitig warnte er, dass die Grundrechtseinschränkungen, die Lockdowns, die Maskenpflicht und 2G erst der Anfang waren für fortgesetzten Freiheits- und Wohlstandsverlust, für weitere Stigmatisierungen und Ausgrenzungen und für eine immer stärker werdende Überwachung. Dieses Buch zeigt, was viele nicht wahrhaben wollten: Corona war erst der Anfang.



Michael Hauke: „Corona war erst der Anfang“
280 Seiten – Hardcover – 19,90 Euro – ISBN: 978-3-9824186-1-2

Online:

- www.hauke-verlag.de
- www.kopp-verlag.de (Bitte geben Sie „Michael Hauke“ als Suchbegriff ein)

Neuenhagen Fürstenwalde:

- Buchhaus Büniger, Ernst-Thälmann-Straße 36
- Hauke-Verlag, Alte Langewahler Chaussee 44

Beeskow: Erkner:

- Musik & Buch Wolff, Eisenbahnstraße 140
- Buchhandlung Zweigart, Berliner Straße 21
- Buchhandlung Wolff, Friedrichstraße 56

Woltersdorf:

- Alpha-Buchhandlung, Berliner Straße 120
- Blumen Anders, August-Bebel-Straße 29
- Buchhandlung Woltersdorf, R.-Breitscheid-Straße 24

EP: Electro Christoph

Electronic Partner

Hausgerätekundendienst - Meisterbetrieb -

EP: Electro Christoph – Ihr Händler und Fachwerkstatt in Fürstenwalde

BOSCH

**Bosch-Hausgeräte kauft man
beim Fachhändler vor Ort!**



**TOP-FINANZIERUNGS-
ANGEBOTE**
auf alle Haushaltsgroßgeräte!



**Unser
Service
macht den
Unterschied**

Service: (03361) 6 92 25

Handy: 0171 - 7 27 37 47

Fürstenwalde, Einkaufszentrum Süd: Bahnhofstr. 22 A, Tel. 03361/5 71 02
Werkstatt: Langewahl, Am Luch 1-4

24 Stunden shoppen unter: www.ep-electro-christoph.de

LANGE N8 Beeskow

ERLEBNIS-SHOPPING
AKTIONEN, MUSIK & KULINARIK
IN DER INNENSTADT

31. AUGUST
SAMSTAG 17-23 UHR

UNSERE AKTIONEN

zur Langen Nacht in Beeskow

LIVEBAND *Bitter-Süß*
10% LangeNachtRabatt
und Sondersale Lampen
COCKTAILBAR

KOMMEN SIE VORBEI UND LASSEN SICH ÜBERRASCHEN

MENG elektro

selt 1920

Breite Str. 3 • 15848 Beeskow
Tel. 03366 20427 • www.meng-beeskow.de

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr
und nach Vereinbarung auch bei Ihnen zu Hause